

Besprechungen

Kraus, Otto: Sozialphilosophie und Wirtschaftspolitik. Berlin 1960. Verlag Duncker & Humblot. 226 S.

Der Autor stellt das Verhältnis zwischen materieller Macht und geistiger Kraft in den Mittelpunkt seiner Erörterung. Die Geschichte läßt die Kräfte erkennen, welche bestimmte wirtschaftliche, soziale und politische Veränderungen zu bewirken imstande sind und ein wirtschaftliches, soziales und politisches Gleichgewicht herbeiführen können. „Unser Ergebnis ist, daß die soziale Entwicklung ohne den Glauben an die Wirklichkeit der geistigen Kräfte des Menschen nicht erklärt werden kann. Es handelt sich nicht um den philosophischen Substanzbegriff, sondern um jene Denknöwendigkeit, welche uns aus erkennbaren Wirkungen auf eine wirksame Kraft schließen läßt. Die geistigen Kräfte sind real, weil sie wirken und weil diese Wirksamkeit sich grundsätzlich von der jener Kräfte unterscheidet, welche von der Physik, der Chemie und der Biologie erforscht worden sind“ (S. 38). Aufbau und Zerfall politischer Machtgebiete leiten sich von dem Geist her, welcher die Macht ausübt. Dieser Geist kann konstruktiv, aber auch destruktiv sein. Aus der jeweiligen Verteilung der politischen und der wirtschaftlichen Macht innerhalb der Gesellschaft ergeben sich verschiedene Sozialstrukturen. „Von größtem Einfluß auf die Struktur der menschlichen Gesellschaft ist die technische und wirtschaftliche Entwicklung gewesen“ (S. 65). Der Verfasser schildert die Entwicklung der wirtschaftlichen Tätigkeit von der Wildbeute- und Sammlerstufe über die Hirten- und Hackbaukultur zur Bauernkultur und schließlich zur urbanen, städtischen Kultur mit Handel und Gewerbe. Die wirtschaftsgeschichtliche Darstellung nimmt einen breiten Raum ein. Man könnte meinen, ein wirtschaftsgeschichtliches Lehrbuch vor sich zu haben. Die Bemerkungen zu den antiken Revolutionen, besonders zu der „geplanten Revolution“ („planmäßigen Führerrevolution“) in Syrakus im Jahre 317 v. Chr., die Äußerung über die Besitz- und Einkommensverteilung in der antiken Welt, über die politische, technische und ökonomische Revolution in Europa und schließlich über die Entstehung und Entwicklung der modernen Industriegesellschaft sind interessant und anregend. Wozu aber diese umfangreiche wirtschaftsgeschichtliche Darstellung? „Ein Rückblick auf den weiten und mitunter etwas mühevollen Weg unserer historischen Betrachtungen muß zur Erkenntnis führen, daß nur ein Gleichgewicht zwischen Macht und Verantwortung den sozialen Frieden in der Innenpolitik und den militärischen Frieden in der Außenpolitik so-

wohl in Europa als auf der ganzen Welt stabilisieren, d. h. in dauerhafter Weise sichern kann“ (S. 190).

Wer in diesem Buch eindeutige und klare sozialphilosophische und wirtschaftspolitische Leitbegriffe sucht, dürfte enttäuscht werden. Wesentliches bleibt unbestimmt. Dies gilt sowohl von den Begriffen der Wirtschaftsfreiheit wie der sozialen Macht, der kulturellen Lebenswirklichkeit wie der Wirtschaftsordnung. Was soll sich der Leser denken, wenn er liest: „Kultur ist eine Antwort auf die Frage nach dem Sinn des menschlichen Lebens?“ (S. 206). Zu unbestimmt und unzureichend ist auch die Kennzeichnung der „Ideologie“. „In der Bezeichnung ‚Ideologie‘ liegt bereits ein Hinweis auf den inneren Zusammenhang dieser wirtschaftspolitischen Systeme (gemeint sind Merkantilismus, Liberalismus und Sozialismus, H. Sch.) mit einer zugrundeliegenden Philosophie- und Weltanschauung.“ „‚Ideologie‘ aber leitet sich vom Stammwort ‚Idee‘ ab, und somit ist es der Ideengehalt, welcher Wesen und Wert einer jeden Ideologie — auch einer wirtschaftspolitischen — bestimmt“ (S. 211). In dieser Art ließen sich viele Beispiele anführen, wie etwa auch dieser Satz: „Wirtschaften kann als Wählen und Einteilen nach dem Rationalprinzip bestimmt werden“ (S. 213). Gut ist die Unterscheidung zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus. „Die Verbindung zwischen Privatkapitalismus und Marktwirtschaft ist . . . weder begriffsnotwendig noch existenzbedingt, sondern nur ein zeitbedingtes Stadium der historischen Entwicklung“ (S. 214). Der Vorzug des Buches liegt in einer Richtung, die durch den Titel selbst nicht gekennzeichnet ist, nämlich in der Darstellung der gesellschaftswirtschaftlichen Entwicklung und der dabei so oder so zur Verwirklichung oder Nichtverwirklichung kommenden Ideen der persönlichen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit.

Herbert Schack-Berlin

Röpke, Wilhelm: Gegen die Brandung. Zürich 1959. Eugen Rentsch Verlag. 418 S.

Diese Sammlung der wichtigsten Aufsätze und Gutachten bilden zusammen mit den Glückwunschwünschen und der 576 Nummern umfassenden Bibliographie der Veröffentlichungen *Röpkes* eine willkommene Gabe zu seinem 60. Geburtstag (10. Oktober 1959). Sie bietet jedem Leser Gelegenheit, die unentwegt durchgehaltene liberale Haltung des Verfassers und seine Opposition gegen Faschismus, Diktatur und Kommunismus an Hand der über mehrere Jahrzehnte sich erstreckenden Abhandlungen zu verfolgen und damit seinen Kampf gegen die anstürmende Brandung kollektivistischer Tendenzen unserer Zeit. Die Reihe beginnt mit dem November 1923 veröffentlichten Aufsatz „Wirtschaftlicher Liberalismus und Staatsgedanke“, der bereits die charakteristischen Züge des *Röpkeschen* Denkens aufweist. Die folgenden, zum Teil für die „Frankfurter Zeitung“ geschriebenen Beiträge zeigen, wie stark er an den jeweiligen aktuellen Tagesfragen Anteil nimmt und mit aller Entschiedenheit seinen Standpunkt behauptet. Den Nationalökonomien werden naturgemäß vor allem die-

jenigen Abschnitte interessieren, in denen sich *Röpke* mit neuen Wirtschaftslehren oder Kritiken auseinandersetzt, wie dies im III. Teil „Weggenossen, Führer und Gegner“ geschieht. Wie er hier Persönlichkeiten unseres Faches würdigt, Lebenswerke von *Eucken*, *Oppenheimer*, *Brunner*, *Schumpeter*, *Keynes*, *Rueff*, *Erhard* und anderen kennzeichnet, das muß als meisterhaft gewertet werden. In verdienstvoller Weise führt der Herausgeber *Albert Hunold* durch in Schrägschrift gedruckte Abschnitte den Leser mit Hilfe biographischer Notizen orientierend von Abschnitt zu Abschnitt, so daß ein wirklich geschlossenes Werk und nicht nur ein Sammelwerk von Aufsätzen zustande gekommen ist.

Friedrich Bülow-Berlin

Deist, Heinrich: Wirtschaft von morgen. Beiträge zur Wirtschaftspolitik der SPD. Berlin und Hannover 1959. Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH. 183 S.

Dieses Buch gibt über seine unmittelbare Absicht hinaus, die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der SPD darzustellen, eine ausgezeichnete Einführung in die gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Probleme der deutschen Volkswirtschaft. Bei aller durchaus fairen Anerkennung der neoliberalen Ideen und Maßnahmen kritisiert der Verfasser besonders die neoliberale Einstellung zur privaten Verfügungsmacht über das Privateigentum. „Wenn wirtschaftliche Macht im Hinblick auf die Gefahr des Machtmißbrauchs ein gefährliches Element in der Gesellschaft ist, so wird eine freiheitliche Bewegung entscheidenden Wert darauf legen müssen, den Raum, in dem wirtschaftliche Macht entstehen kann, möglichst eng zu halten und die vielfältigen Kräfte, die nicht über wirtschaftliche Macht verfügen, zu schützen und zu stärken“ (S. 32).

Der freie demokratische Sozialismus bekenne sich grundsätzlich zu einer Freiheit des Wettbewerbs, allerdings unter der Voraussetzung gesunder Wettbewerbsbedingungen. Es gehe nicht an, daß Neuinvestitionen verbunden seien mit der Anreicherung großer privater Vermögen in wenigen Händen. „Der wirtschaftliche Vermögenszuwachs ist das Ergebnis der Kooperation aller in der Volkswirtschaft tätigen Menschen und müßte in angemessenem Umfange allen diesen Beteiligten zugute kommen. Hier liegt das entscheidende Problem, ohne dessen Lösung es keine soziale Ordnung geben kann, die von den Menschen des 20. Jahrhunderts als gerecht angesehen werden könnte“ (S. 36). Wie kann dieses sozial-wirtschaftliche Problem gelöst werden? Wie können breite Schichten der Bevölkerung am Vermögenszuwachs durch eine Steigerung ihres Einkommens (Realeinkommens) beteiligt werden? Die von der Bundesregierung geplante und begonnene „breite Eigentumsstreuung“ durch Privatisierung von Bundes-Unternehmungen und Ausgabe von Volksaktien wird mit Recht als unzureichend angesehen. Dergleichen sei „kein tauglicher Versuch zur Schaffung von Eigentum in Arbeitnehmerhand“ (S. 38). Die SPD könne freilich nicht mit einem Generalrezept aufwarten. „Die Aufgabe, eine freiheitliche Ordnung zu schaffen, die den Grundsätzen

sozialer Gerechtigkeit entspricht, steht noch ungelöst vor den verantwortlichen Männern der freien Welt“ (S. 37).

Die Vertreter des freien demokratischen Sozialismus sind sich (nach *Deist*) der komplizierten Zusammenhänge der modernen Wirtschaft bewußt. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik dürfe sich nicht in einer Regelung von Einzeltatbeständen erschöpfen. Solche punktuelle Wirtschaftspolitik bringe „zwangsläufig die Gefahr des Abgleitens in Methoden des Wirtschaftsverwaltungsstaates mit sich“. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik sollte sich vielmehr „an gesamtwirtschaftlich entscheidenden Vorgängen“ der Volkswirtschaft orientieren (S. 40). Unter diesem Aspekt sei die Forderung nach einer Ausdehnung der freien Gemeinwirtschaft einer wirksamen Erbschaftsteuer auf hohe Privatvermögen, eines Ausbaus der Sozialversicherung usw. zu betrachten.

Wie bereits aus unseren Bemerkungen und den angeführten Zitaten zu ersehen ist, handelt es sich in dem vorliegenden Buch um eine kritische und gründliche Darstellung der fundamentalen Wirtschafts- und Sozialprobleme Westdeutschlands und um eine kritische und vorsichtige Erörterung der in der gegenwärtigen Situation erforderlichen Maßnahmen. Die neoliberale Wirtschaftspolitik habe die Wirtschaftsentwicklung zu sehr den eigenen Kräften und Tendenzen überlassen. Die sozialistische Wirtschaftspolitik stehe vor weitgreifenderen Aufgaben. Sie habe „Ziele zu setzen, die mit freiheitlichen Mitteln anzusteuern sind“ (S. 172).

Dieses Buch „Wirtschaft von morgen“ ist ein wertvoller Beitrag zur Erörterung der wichtigsten wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen und zur Klärung des gesamtdeutschen Wirtschafts- und Sozialbewußtseins.

Herbert Schack-Berlin

Nemitz, Kurt: Sozialistische Marktwirtschaft. Frankfurt am Main 1960. Europäische Verlagsanstalt GmbH. 245 S.

Der Verfasser sucht die ordnungspolitischen Grundgedanken der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik systematisch darzustellen. Ausgangspunkt aller Überlegungen zur Gestaltung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung sei der Mensch. Aus dem Primat des Menschen vor den Institutionen ergäben sich weitreichende Konsequenzen, vor allem die „Ausschaltung jeden dogmatischen Weges, sei es in Richtung auf eine Zentralverwaltungswirtschaft oder auf eine freie Wettbewerbswirtschaft“... (S. 64). Die praktische Konzeption der sozialistischen Marktwirtschaft beruhe aber auch auf Erkenntnissen der modernen Wirtschaftstheorie. Der Verfasser zeigt sehr anschaulich, wie sich die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialdemokratie nach und nach herausgebildet, und wie sie schließlich eine systematische und schlüssige Form erhalten haben. Er versucht, die Struktur und den Lenkungsmechanismus einer sozialistischen Marktwirtschaft aus fünf Ordnungsprinzipien zu deuten, den Prinzipien der universellen gesellschaftlichen Orientierung, des sozialen Pluralismus, der Minimal-

planung, des qualifizierten Eigentums und der ausgleichenden Verteilung. Bei der Verteilung handelt es sich nicht nur um die Zuordnung der Geldeinkommen, sondern um „die Gesamtheit aller der mit dem Wirtschaftsprozeß in irgendeinem Zusammenhang stehenden Lebenswerte und Lebensunwerte“ (S. 171). Das Buch zeichnet sich durch Sachlichkeit und Gründlichkeit aus. Es vermittelt einen ausgezeichneten Überblick über die Entwicklung und Gestaltung der sozialdemokratischen Wirtschaftskonzeption.

Herbert Schack-Berlin

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft: „Heiße Eisen im Wahlkampf.“ Tagungsprotokoll Nr. 14. Ludwigsburg 1960. Martin Hoch Druckerei und Verlagsgesellschaft. 191 S.

Die Tagungen der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft begegnen wegen der Aktualität der hier behandelten Themen und der Freimütigkeit der Aussprache dem wachsenden Interesse einer breiteren Öffentlichkeit. Auf der 14. Tagung am 4. und 5. Mai 1960 in Bad Godesberg sprachen Theodor Eschenburg, Wolfgang Frickhöffer, Hans-Otto Wesemann, Günter Schmolders, Thomas Ruf und Karl Wagner. Der Vorsitzende Professor Dr. Alexander Rüstow eröffnete die Tagung mit einem kurzen grundsätzlichen Referat über die verschiedenen Formen gesellschaftlicher Integration. Bei der Darstellung der „totalitären Integrationsform“ ließ sich Rüstow freilich zu sehr von dem Bilde gewisser Erscheinungen der jüngsten Vergangenheit leiten: „Eine Gruppe von Menschen, die so amoralisch und so brutal eingestellt sind, daß sie unter normalen bürgerlichen Verhältnissen im Gefängnis oder im Zuchthaus sitzen würden, die aber im totalitären System auf den Regierungsplätzen sitzen“, versucht „eine möglichst große Zahl von Menschen für ihre Einstellung zu gewinnen“. Diese „Spitzengangster“ wenden dabei „sehr raffinierte Methoden“ an (S. 10).

Eschenburg sprach über die Formen der Werbung von Massen vor den Wahlen. Die Werbung könne durch Appell an Verstand und Vernunft, aber auch an die Stimmung und schließlich durch Appell an die Interessen vermittelt Versprechen und Leistungen aller Art erfolgen. „Maßnahmen mit mangelnder Sachgerechtigkeit, die um der Werbung willen vertreten werden“, sollten „offen und klar als Reklame“ deklariert werden (S. 24). Diese Forderung scheint mir absonderlich zu sein. Die Opposition dürfte ihren Gegnern oft genug mangelnde Sachgerechtigkeit vorwerfen können. Denn welche wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen können wohl allen in Betracht kommenden Verhältnissen Rechnung tragen? Warum sollte übrigens auf einen „Appell an die Stimmung“ verzichtet werden? Die Gefahr einer Entartung in gewissenlose Demagogie ist doch kein Grund, das so wichtige Stimmungsmoment bei der Propaganda auszuschließen.

Hans-Otto Wesemann, Köln, hielt den wohl interessantesten Vortrag: „Was bewirken Subventionen?“ Im Mittelpunkt stand „Der

Zersetzungseffekt der Gefälligkeiten“. Es handele sich dabei, erkläre der Redner, um einen sozusagen unterschwellig verlaufenden Prozeß. „Was dabei zerfetzt wird, das ist das Vertrauen des Staatsbürgers in den Grundsatz der Steuergerechtigkeit“ (S. 64). Es ist schade, daß die sehr instruktiven Ausführungen Wesemanns wegen Zeitmangel nur kurz diskutiert werden konnten.

Die weiteren Referate behandelten die Umsatzsteuerreform — Schmölders bezeichnete sie als „Prüfstein der Demokratie“ —, die Krankenversicherungsreform und die sozialwirtschaftliche Situation des freiberuflichen Artztums. Der Tagungsverlauf zeigte, daß man vor dem Forum der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft auch über heiße Probleme sachlich und fair diskutieren kann.

Herbert Schack-Berlin

Baade, Fritz: Der Wettlauf zum Jahre 2000. Oldenburg und Hamburg 1960. Gerhard Stalling Verlag. 304 S.

Die Hauptaufgabe dieses Buches besteht nach den Worten des Verfassers darin, die Möglichkeiten und Aussichten eines friedlichen Wettlaufs zwischen West und Ost zu untersuchen. „Der Sinn dieses Wettlaufs liegt darin, daß jedes einzelne Volk versuchen muß, ein Höchstmaß an Beitrag zur Weltentwicklung zu leisten. Quantitative Betrachtungen sind hier völlig fehl am Platze, alles kommt auf die Qualität des Beitrags an“ (S. 16). Trotz dieser grundsätzlichen Feststellung wird dem Quantitativen jedoch immer wieder entscheidende Bedeutung beigemessen: „Es werden in diesem Buche viele bittere Tatsachen dargelegt werden. Die bitterste besteht darin, daß sich das Schwergewicht der Welt nicht nur in der Menschenzahl, sondern auch im Wirtschaftspotential auf die östliche Welt verlagern wird“ (S. 17). China wird um 2000 die größte Industriemacht der Welt sein. Man nehme zwei- bis dreimal die Arbeitsarmee der Vereinigten Staaten und füge dann noch zweimal die Arbeitsarmee Sowjetrußlands hinzu: dann hat man — der Größenordnung nach — einen Begriff von der Arbeitsarmee, die China außerhalb der Landwirtschaft im Jahre 2000, d. h. vor allem in der Industrie, einsetzen kann (S. 101).

„Die Reichtumsmöglichkeiten der Welt sind riesengroß. Wir können aus dieser Erde ein Paradies machen“ (S. 143). Voraussetzung ist vor allem eine friedliche Koexistenz zwischen West und Ost. Jeder der Machtblöcke besitzt einen ausreichenden Nahrungsraum. „Das russische und chinesische Volk braucht zu seiner Ernährung keinen Quadratmeter des amerikanischen Bodens, und ebenso wenig braucht das amerikanische Volk zu seiner Ernährung einen Quadratmeter russischen oder chinesischen Bodens: die beste Grundlage für eine friedliche Koexistenz“ (S. 102). Sowjetrußland habe auch keinesfalls die Absicht, die Welt zu erobern. Es hat Land genug, Energiequellen genug, es hat kein Interesse etwa an dem Erwerb des Ruhrgebiets als eines Kohlenproduktionsgebietes usw. „Die Gefahr für die friedliche Koexistenz kann bei dieser Situation nur aus etwaigen Minderwertigkeitskomplexen kommen“ (S. 203).

Baade denkt hierbei an die „kapitalistischen Länder“, aber auch an Sowjetrußland, das im Jahre 2000 nur noch der kleinere Bruder Chinas sein wird.

Baade spricht von der „Gefahr in unserer eigenen Seele“ (S. 203), von dem unser Leben bedrohenden Todfeind, der nicht jenseits unserer Grenzen, sondern in unseren Köpfen und Herzen sitzt (S. 274). Wir sollten an die Ehrlichkeit des sowjetischen Abrüstungsvorschlages glauben. Die Forderung einer radikalen Abrüstung sei „das wichtigste Faktum der neuzeitlichen Geschichte“ (S. 257). Baade verkennt gänzlich die kommunistische Einstellung. Sowjetrußland ist gewiß nicht auf weiteren Landerwerb aus. Baade denkt hier viel zu sehr in technisch-ökonomischen Kategorien. „Friedliche Koexistenz“ ist nach kommunistischer Auffassung nur eine taktische politische Konzeption. In dieser Situation die Jugend zum Pazifismus, zur Ächtung des Krieges, des „Mordens auf Staatsbefehl“ erziehen, hieße sie zu einer leichten Beute der kommunistischen Strategen machen.

Herbert Schack-Berlin

Hax, Karl: Japan, Wirtschaftsmacht des fernen Ostens. Ein Beitrag zur Analyse des wirtschaftlichen Wachstums. Köln und Opladen 1961. Westdeutscher Verlag. 632 S., 4 Karten.

Um das Gesamturteil über dieses hervorragende und sorgfältig durchgearbeitete Buch vorweg zu nehmen: Es ist für den Wirtschaftswissenschaftler eine Fundgrube abgewogener und fundierter Erkenntnisse sowie wertvoller statistischer Angaben. Für den Praktiker ist es ein ausgezeichnete Wegweiser durch den Aufbau und die Eigenarten der japanischen Volkswirtschaft.

Der Verfasser geht von der Wachstumstheorie Rostows aus, die er aber nicht ohne Kritik übernimmt, zeigt aber — was übrigens für alle Wachstumstheorien gilt —, daß sie zu sehr das rein Ökonomische im Auge hat und darüber den Einfluß der gesellschaftlichen und kulturellen Momente vernachlässigt. Daraus aber ergibt sich die Schlußfolgerung, die sich jedem aufdrängt, der sich wissenschaftlich mit dem Wachstumsproblem in den Entwicklungsländern befaßt, daß alle Theorien von der Wirtschaft der alten Industrieländer ausgehen, aber dabei nicht bedenken, daß in den Entwicklungsländern meist eine andere Wirtschaftsorganisation besteht. Entwicklungsländer und Länder außerhalb des europäisch-amerikanischen Kulturkreises müssen vielmehr eingehend unter historischen Gesichtspunkten betrachtet werden, so daß jedes Entwicklungsland einen Sonderfall darstellt. Diesen Weg beschreitet auch Hax. Als Vertreter der Betriebswirtschaftslehre betrachtet er naturgemäß nicht nur die Volkswirtschaft als einen in sich geschlossenen Komplex, sondern er beschäftigt sich eingehend mit den Wirtschaftseinheiten, in denen sich der Produktionsprozeß vollzieht, stellt sie dann in den gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Zusammenhang hinein und analysiert die Kräfte, die den Wachstumsprozeß beeinflussen. Das führt zu der Erkenntnis der speziellen Eigenart der japanischen Volkswirtschaft und Gesell-

schaft, die einen dichotomischen Charakter aufweist. Dieser Charakter tritt insbesondere in der industriellen Struktur Japans hervor, in der kleinste, kleine und mittlere Betriebe neben den großen Unternehmen stehen, ohne daß aber die in der japanischen Volkswirtschaft auch vorhandene Konzentrationsbewegung diese kleinen Betriebe verdrängt, die ihren eigenen Markt haben, und dieser Markt ist wieder durch die kulturellen und gesellschaftlichen Verhältnisse bedingt.

Die Eigenart des japanischen Denkens zusammen mit der Wirtschaftspolitik der Regierung gibt der japanischen Volkswirtschaft als Ganzes eine Elastizität, die bei den Volkswirtschaften oder alten Industriestaaten in viel geringerem Umfang vorhanden ist, weil dort die nationale Idee und der Blick auf das Gesamtwohl in geringerem Maße das wirtschaftliche Denken und Handeln beeinflussen. Aber gerade das ist die Voraussetzung für die lenkende und empfehlende Wirtschaftspolitik der japanischen Regierung, und gerade das verleiht dieser Politik ihre Durchschlagskraft und ihre Erfolge. Die Regierung in Japan lenkt und plant, aber sie überläßt die Durchführung des Geplanten der Initiative des einzelnen Unternehmers.

Hax zeigt dabei deutlich, wie die europäische Auffassung von der nichtschöpferischen und nur nachahmenden Haltung des japanischen Unternehmers in dieser Allgemeinheit nicht zutreffend ist, er führt weiter aus, wie die Meinung vom japanischen Dumping an den entscheidenden Problemen der japanischen Lohnpolitik und Lohnhöhe vorbeigeht. Der japanische Arbeiter hat nicht eine unter dem Existenzminimum sich bewegende Lebenshaltung. Das niedrige Lohnniveau in Japan beruht vielmehr auf dem voraussichtlich noch lange anhaltenden Überangebot an Arbeitskräften und dann auf den anderen Lebensgewohnheiten des Japaners, der seinen Eiweißbedarf nicht, wie es der Europäer und Amerikaner tun, auf dem Umweg über den Viehmagen produziert, sondern ihn billig unmittelbar aus dem reichen Fischbestand der Meere gewinnt, die die japanische Inseln umgeben. Japan wird, so meint Hax sicher mit Recht, auf lange Zeit hinaus noch ein Gebiet des Lohnminimums innerhalb der Weltwirtschaft bleiben.

Wenn auch die Wachstumsraten der japanischen Volkswirtschaft auf die Dauer die augenblickliche Höhe kaum behalten dürften, so wird die dynamische Entwicklung gestützt auf den sich immer mehr entfaltenden inneren Markt und den großen pazifischen Raum, in dem Japan gelegen ist, und in dem es einen Brennpunkt neben den USA bildet, weiter anhalten. Bevölkerungsvermehrung, nationale Leidenschaft und nationale Disziplin werden auch weiterhin die Antriebskräfte für den künftigen japanischen Wachstumsprozeß bleiben.

Da die deutsche wissenschaftliche Wirtschaftsliteratur außer den vor etwa 30 Jahren erschienenen Werken von E. Schultze, von Emil Lederer und schließlich von Haushofer keine wirklich fundierte Darstellung der japanischen Volkswirtschaft und ihrer Bedeutung für das wirtschaftliche Wachstum überhaupt besitzt, hat sich Hax ein

großes Verdienst erworben, daß er seine in Japan gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse der Öffentlichkeit jetzt zugänglich gemacht hat.

W. M. Frhr. v. Bissing-Berlin

Wapenhans, Willi: Griechenland. Untersuchungen über die Wirtschaft eines kontinentaleuropäischen Entwicklungslandes. (Gießener Abhandlungen zur Agrar- und Wirtschaftsforschung des Europäischen Ostens, herausgegeben vom Institut für kontinentale Agrar- und Wirtschaftsforschung der Justus-Liebig-Universität Gießen, Band 15.) Gießen 1960. Im Kommissionsverlag Wilhelm Schmitz. 162 S.

Der Titel der vorliegenden Untersuchung nimmt sich sehr bescheiden aus, wenn man des Verfassers profunde Kenntnis nicht nur der wirtschaftlichen Zusammenhänge, sondern auch der historisch-soziologischen Grundlagen Griechenlands beachtet. Er gehört mit zu denjenigen, die nicht in gewohnter mitteleuropäischer Manier die Vorgänge dort in Griechenland beurteilen und jeweils eine Patentlösung für schwierige wirtschaftliche Probleme dieses Landes bereithalten. Es werden die Mentalität und Lebensauffassung seiner Bewohner berücksichtigt. Der in der Zusammenfassung zitierte Ausspruch eines Metropoliten: „bitte, störet den Frieden meiner Hirten nicht“, mag in diesem Zusammenhang andeuten, daß wirtschaftliche und soziale Weiterentwicklung oft selbst von den Gebildeten anders verstanden werden möchte.

Die starke Auslandsabhängigkeit eines agrarwirtschaftlichen Entwicklungslandes wie Griechenland veranlaßte den Verfasser, gleich zu Anfang zum Zahlungsbilanzproblem Stellung zu nehmen. Der Leser wird hierbei auch mit allgemein theoretischen Erkenntnissen und der zu diesem Fragenkreis gehörenden Literatur bekannt gemacht, was vielleicht durch Einbau dieses Kapitels in die folgenden, speziell die Zahlungsbilanz Griechenlands behandelnden Kapitel besser gelungen wäre.

Wapenhans gliedert sein Werk in zwei Hauptteile, „Außenwirtschaft“ und „Sozialprodukt und Volkseinkommen“. Das zu Beginn des ersten Teiles dargestellte Zahlungsbilanzproblem mündet in eine Besprechung der „Teile der griechischen Zahlungsbilanz“, anhand derer dann im einzelnen auf wirtschaftsstrukturelle Fragen eingegangen wird, der Leser also durch viele auch sonst diesem Buch beigefügte Statistiken erfahren kann, wie es z. B. um die Ausfuhr von Agrarerzeugnissen bestellt ist, wobei aber auch deren Kulturarten und Erzeugungsgebiete aufgezeichnet sind. Der Verfasser berührt hierbei noch viel mehr ins einzelne gehende Fragen, wie bei Obst beispielsweise die des Fruchte-transportes, auch das Kühlfrachtproblem und noch weiter damit zusammenhängend die dafür notwendige Einrichtung von Absatzgenossenschaften. Er erschließt dem Leser nicht nur die griechische Wirtschaft selbst, sondern auch ihre Stellung und Chancen im künftigen auch Griechenland einschließenden gemeinsamen europäischen Markt.

Bei der Behandlung des Entstehens und der Verteilung des griechischen Volkseinkommens gibt der Verfasser in „Beiträge der einzelnen Wirtschaftsbereiche“ wiederum interessante Einblicke in die die gesamte Wirtschaftsstruktur aufhellenden Fragen. Es wird dabei offenkundig, daß vielen der am Wirtschaftsprozess Beteiligten eine gemeinwirtschaftliche Denk- und Handlungsweise fehlt. Diesem an chronischer Arbeitslosigkeit leidenden Land ist nicht allein dadurch geholfen, daß vom Ausland Kapital zur Verfügung gestellt wird, es sollte auch technologisches Wissen — also unsichtbares Kapital — vermittelt werden, um das Niveau wenigstens der am industriellen Prozeß beteiligten Arbeitnehmerschichten zu heben und allmählich einen Facharbeiterstamm heranzubilden. Es müssen rationellere Denk- und Arbeitsmethoden unter der Bevölkerung im Raum Athen—Piräus und in den anderen allerdings dünn gesäten Industriegebieten ebenso unter dem überwiegend bäuerlich-ländlichen Bevölkerungsteil eingeführt und anerzogen werden. Das gilt auch für die Oberschichten in Kirche und Staatsapparat und in der privaten Wirtschaft der Industrie, für das noch weitverbreitete kleinbetriebliche Handwerk, für die in ihrer Kreditpolitik sich wenig ihrer gesamtwirtschaftlichen Funktionen bewußten Großbanken und den Handel, der völlig übersetzt ist. Man gewinnt bei der Lektüre den Eindruck, daß der bei Entwicklungsländern eigentlich hinzuzudenkende, da hier sehr notwendige vierte Produktionsfaktor Organisation in Griechenland schlechthin nicht eine Selbstverständlichkeit ist. Bei einer Bevölkerung wie der griechischen, deren Individualismus im Wirtschaftlichen, Kulturellen und Politischen oft verderbenbringende Blüten treibt, bringen alle Untersuchungen — so auch Wapenhans' — die Einsicht, daß die sonst im nördlichen Europa weniger stark anzutreffende, von der Institution der Familie und ihren Beziehungen deutlich beherrschte Gesellschaft eine bestimmte Lebensauffassung und Mentalität birgt, welche den relativ weitverbreiteten wirtschaftlichen und sozialen Frieden in Armut und Rückständigkeit sich noch nicht nehmen und wirksam industrialisieren läßt.

Eckart Lau-Berlin

Kienitz, Friedrich Karl: Existenzfragen des griechischen Bauerntums.

Agrarverfassung, Kreditversorgung und Genossenschaftswesen. Berlin 1960. Verlag von Duncker & Humblot. 122 S.

Es ist für uns im Hinblick darauf, daß Abhandlungen über das Bauerntum in der deutschen Agrarpolitik seit langem im Vordergrund des Interesses stehen, von besonderer Bedeutung, auch über Entwicklung, Wesen und Schicksal des Bauerntums anderer Länder unterrichtet zu werden. Die wissenschaftlichen Arbeiten über Griechenland betreffen vor allem Handel, Schiffahrt und Industrie, während die Landwirtschaft, die doch die Grundlage der griechischen Volkswirtschaft bildet, zurücksteht. Die vorliegende Arbeit umfaßt drei Probleme, die für die Entwicklung der griechischen Landwirtschaft in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht von richtunggebender Bedeutung gewesen sind. Es handelt sich erstens um die Entwicklung des

griechischen Bauern vom Hörigen des Großgrundbesitzers zum auf eigener Scholle wirtschaftenden kleinbäuerlichen Eigenbesitzer. Zweitens geht es um die Befreiung des griechischen Bauern vom Wucher bzw. gewissenlosen Händler und seine Eingliederung in die moderne Kreditwirtschaft, d. h. um den Aufbau des Agrarkredits in Griechenland. Drittens ist von Bedeutung die Heranführung des griechischen Bauern an die Zusammenarbeit mit seinesgleichen, d. h. die Ausgestaltung des Genossenschaftswesens. Da die griechische Landwirtschaft unter verhältnismäßig kargen Bedingungen zu arbeiten hat, ist eine Veröffentlichung über die Grundbedingungen ihrer Existenz sehr zu begrüßen.

Friedrich Bülow-Berlin

Götz, Hans Herbert: Europäische Agrarpolitik auf neuen Wegen. (Sonderheft 3 der Schriftenreihe zum Handbuch für europäische Wirtschaft.) Bonn und Baden-Baden 1959. Verlag August Luzeyer. 77 S.

Alles, was Herbert Götz schreibt, ist klar, gründlich durchdacht und in flüssiger Sprache übersichtlich dargestellt. Das gilt auch für die vorliegende kleine Schrift, die sich mit den großen Umstellungsschwierigkeiten befaßt, vor die die europäische Landwirtschaft durch den Vertrag von Rom gestellt ist. Sinn der Schrift ist es, „den Bauern, den landwirtschaftlichen Verbänden, aber auch der Industrie und den Wirtschaftspolitikern die Situation der europäischen Landwirtschaft ... nüchtern und ehrlich vor Augen zu halten“. So ist ein vorzüglicher, kurzgefaßter Abriß der modernen Agrarpolitik entstanden, dem man nur weiteste Verbreitung vor allem in den Kreisen der deutschen Landwirtschaft wünschen möchte.

W. M. Frhr. v. Bissing-Berlin

Wapenhans, Hans: Agrarpolitik in der Zentralverwaltungswirtschaft Mitteleuropas und in der Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ziele und Mittel. (Gießener Abhandlungen zur Agrar- und Wirtschaftsforschung des europäischen Ostens, Band 11.) Gießen 1959. Kommissionsverlag Wilhelm Schmitz. 134 S.

Die Arbeit bringt über ihren Gegenstand nichts grundlegend Neues. Das einleitende historische Kapitel über die Entwicklung der Agrarverfassungstypen im mitteleuropäischen Raum ist reichlich oberflächlich und glaubt für die neuere Zeit an den Erhebungen und Veröffentlichungen des Enquête-Ausschusses von 1925 bis 1930 sowie an der großen Arbeit Serings von 1932 über die deutsche Landwirtschaft, die die Ergebnisse der Untersuchungen des Enquête-Ausschusses zusammenfaßt, vorübergehen zu dürfen.

W. M. Frhr. v. Bissing-Berlin

Schlotter, Hans-Günther: Die Förderung der westdeutschen Landwirtschaft durch öffentliche Mittel 1949 bis 1956. (Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 30.) Hannover 1960. Verlag M. & H. Schaper. 122 S.

Wir sind seit 1949 mehr oder weniger sporadisch über die Mittel zur Förderung der westdeutschen Landwirtschaft in ihren verschie-

denen Formen unterrichtet worden. Was bisher fehlte, war ein Gesamtüberblick; denn das wachsende Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsgeschehen, die Rivalität der Wirtschaftsgruppen um staatliche Zuschüsse, die Unterstützung der Landwirtschaft durch öffentliche Mittel nicht nur in Form von Kredit und Zuschüssen, sondern auch landwirtschaftsfördernden Interventionen, machen eine Gesamtübersicht sehr schwierig.

Adolph Wagner hatte seinerzeit das Gesetz zunehmender Staatstätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet aufgestellt. Bislang war es aber noch nicht unternommen worden, die steigenden Ausgaben, in denen sich die zunehmende Förderung der Landwirtschaft zeigt, im einzelnen zu belegen und sie mit den steigenden Ausgaben in anderen Bereichen zu vergleichen.

Der Verfasser ist bei seiner Untersuchung mit großer Sorgfalt und unter Heranziehung aller erreichbaren Unterlagen vorgegangen. Nach einer „Klärung methodischer Fragen“, die vor allem den verwendeten Begriffen gilt, werden in einer „Auswertung des Materials“ das Strukturbild der Ausgaben und die Entwicklung der landwirtschaftsfördernden Maßnahmen analysiert. In der „Schlußbemerkung“ wird kurz auf die Vergleiche mit dem Ausland hingewiesen, denn je nach dem Aufbau des Systems agrarpolitischer Interventionen nimmt die finanzwirtschaftliche Agrarpolitik eine andere Stellung ein, wofür der Vergleich Großbritanniens mit der Bundesrepublik ein gutes Beispiel ist.

Friedrich Bülow-Berlin

Bäuerliche Wirtschaftsführung im Kraftfeld der sozialen Umwelt.
(Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 26.) Hannover 1960, Verlag M. & H. Schaper. 196 S.

Diese als Habilitationsschrift von der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen angenommene Untersuchung will im Gesamtzusammenhang die soziale Umwelt aufweisen, die das Verhalten der Landwirte bestimmt. Entsprechend der überragenden Bedeutung der bäuerlichen Familienwirtschaft für die deutsche, aber auch die außerdeutsche europäische Landwirtschaft stehen die wirtschaftlichen Verhaltensweisen des Bauerntums im Brennpunkt des Interesses. Es wird nachgewiesen, wie sich unter dem Einfluß der sozialen Umgebung ein routinemäßiges Handeln, gruppentypische Gewohnheiten und sozialgeprägte Normen bilden. Die Untersuchung galt in erster Linie für die engere soziale Umgebung, d. h. die Familie, die Nachbarschaft und das Dorf. Dem Einfluß des Dorfes wurde erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet und in einem Vergleich von neun Dörfern in zwei Dorfgruppen die verschiedenartigsten Bedingtheiten verfolgt, deren Ergebnisse als besonders wertvoll hervorgehoben zu werden verdienen. Es wird nicht vernachlässigt, über die einzelnen Dörfer hinaus den Einfluß größerer Räume und damit die landschaftlichen und sonstwie größer-räumlichen kulturellen und sozialen Wirkungsbereiche nachzuweisen. Auch der Einfluß individueller Statusfaktoren auf das soziale Verhalten der Landwirte, wie Alter, Ausbildung, persönliche Befähigung

gung, Betriebsgröße und soziale sowie regionale Herkunft der Landwirte wird behandelt. Die Bedeutung des Persönlichkeitsfaktors, auf die bereits *Thünen* hingewiesen hat, dann *Aereboe* und Th. *Brinkmann*, vor allem aber auch *von Blanckenburg* selbst und R. *Sachs* hervorgehoben haben, wird in das gebührende Licht gerückt. Insgesamt gesehen stellt die vorliegende Studie die Grundlegung einer soziologisch orientierten Verhaltenslehre auf agrarwirtschaftlichem Gebiet dar und verdient als solche ein sorgfältiges Studium.

Friedrich Bülow-Berlin

Priebe, Hermann, Lüscho, Hans, und Mitarbeiter: Bäuerliche Familienbetriebe in Nordrhein-Westfalen. Hrsg. v. d. Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e. V. Bonn, 246 S.

Die Entwicklung der Agrarsoziologie in Deutschland ist nach 1945 im Gegensatz zu früher dadurch gekennzeichnet, daß die Urteile insbesondere über die bäuerlichen Verhältnisse mit Hilfe sorgfältig erarbeiteten empirischen Materials gewonnen werden. Die vorliegende Arbeit ist das erste Ergebnis eines Forschungsauftrags des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Nordrhein-Westfalen, mit dem Ziel unternommen, die betriebswirtschaftlichen Kenntnisse an Hand einer Erhebung in rd. 400 bäuerlichen Familienbetrieben zu erweitern. Den Nationalökonomern wird insbesondere als Ergebnis interessieren, daß die untersuchten bäuerlichen Betriebe den größeren landwirtschaftlichen Betrieben hinsichtlich der Arbeitsproduktivität nicht nachstehen. Der Grund hierfür liegt darin, daß die Vorteile einer rationalen Auswertung von Maschinen in Großbetrieben durch die anpassungsfähige Familienarbeitsverfassung bäuerlicher Betriebe ausgeglichen werden. Sodann wird festgestellt: je höher die Flächenproduktivität, um so höher ist im allgemeinen auch die Arbeitsproduktivität. *Priebe* und seine Mitarbeiter gelangen daher zu der Folgerung, daß das Gesetz der abnehmenden Fixkosten für die untersuchten bäuerlichen Betriebe eine stärkere Wirksamkeit hat als das Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs. Daraus wiederum ergibt sich wirtschaftspolitisch, daß auf Grund einer weiteren Intensivierung der bäuerlichen Familienwirtschaften Steigerungsmöglichkeiten für die Arbeitsproduktivität erschlossen werden. Was das Standortproblem anbelangt, so zeigt sich, daß im Verhältnis von Betriebserfolg zu natürlichen Standortbedingungen oft durch stärkere Betonung der Veredelungswirtschaft ein Ausgleich schlechterer Standortbedingungen bewirkt werden kann.

Mit besonderem Nachdruck wird auf die Bedeutung des Persönlichkeitsfaktors, d. h. des Wissens und Könnens des Betriebsleiters, für den Betriebserfolg hingewiesen. Gute fachliche Ausbildung ist auch in bäuerlichen Betrieben die Voraussetzung für hohe Arbeitsproduktivität. Der Anhang bietet eine sorgfältige statistische Zusammenstellung zu dem Problem der unteren und oberen Grenzen des Familienbetriebes unter verschiedenen natürlichen Verhältnissen. Die von

Priebe betreute Arbeit kann als vorbildliches Ergebnis empirischer Agrarsoziologie allen Interessierten bestens empfohlen werden.

Friedrich Bülow-Berlin

Heineke, Richard: Probleme der industriellen Gemüseverarbeitung, insbesondere des Tiefgefrierens in Schweden, unter besonderer Berücksichtigung der sich für die Bundesrepublik Deutschland ergebenden Entwicklungsmöglichkeiten. (Kieler Studien. Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Nr. 49.) Kiel 1958. VIII. 140 S., 12 Schaubilder.

Der steigende Lebensstandard in der Bundesrepublik und vor allem die Chance, daß sich mit der zunehmenden Festigung des Gemeinsamen Marktes die Kaufkraft der Konsumenten weiter erheblich erhöht, dürfte die Nachfrage nach tiefgefrorenem Gemüse steigern. Das zeigt deutlich die Entwicklung in Schweden und in den USA. Wenn die deutsche Tiefgefrierindustrie dieser vermehrten Nachfrage entsprechen soll, so muß sie ausreichend mit Rohware zu so billigen Preisen beliefert werden, daß die gefrorene mit der frischen Ware im Preise konkurrieren kann. Außerdem muß durch äußerste Rationalisierung des Verarbeitungs- und Verteilerapparates eine Senkung der Kosten herbeigeführt werden. Die Rohstoffbeschaffung kann im Wesentlichen durch den Aufbau eines modernen Vertragsanbausystems zwischen Landwirten und Konservenfabriken gelöst werden, während die Rationalisierung des Produktions- und Verteilerapparates viel und billiges Kapital benötigt. Staatliche Zinsbeihilfen und langfristige billige Förderungskredite müßten hier so rechtzeitig eingreifen, daß die Bundesrepublik über eine leistungsfähige Tiefgefrierindustrie verfügt, sobald die erste Stufe der Übergangszeit, die der EWG-Vertrag festsetzt, erreicht ist. Die Arbeit von Dr. Heineke weist auf ein Absatzproblem der deutschen Landwirtschaft hin, das in den künftigen „grünen Plänen“ durchaus eine Förderung verdient.

W. M. Frhr. v. Bissing-Berlin

Böckenhoff, E.: Das Vermarktungssystem bei Schlachtvieh und Möglichkeiten zu einer Rationalisierung. (Agrarwirtschaft, Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung, Sonderheft 10). Hannover 1960. Alfred Strothe Verlag. 164 S.

Die Vermarktung von Schlachtvieh erfolgt heute in der Bundesrepublik im Wesentlichen in der Weise, daß das Schlachtvieh lebend vom Handel und den Genossenschaften zu den Schlachtviehmärkten der großen Verbrauchszentren gebracht wird. Wirtschaftlicher wäre es, wenn nicht das lebende Vieh, sondern das geschlachtete Fleisch in geeigneten Fahrzeugen transportiert und dann gehandelt würde, wie das jetzt schon bei der Versorgung von Berlin der Fall ist. Dort hat sich diese Art der Viehmarktung durchaus bewährt. Sie verursacht erheblich niedrigere Kosten. Doch stehen ihr noch gesetzliche Hindernisse im Wege, die aber wohl beseitigt werden könnten. Vor allem im Hinblick auf den in der Bildung begriffenen gemeinsamen europäischen Markt wäre es im Interesse der deutschen Fleisch- und Vieh-

produzenten zweckmäßig, wenn man von der Vermarktung lebenden Viehs zur Vermarktung von Fleisch überginge, um den deutschen Landwirten es zu erleichtern, sich ihren eigenen heimischen Markt zu behaupten.
W. M. Frhr. v. Bissing-Berlin

Schmitt, Günther: Die Handels- und Verarbeitungsspannen bei Nahrungsmitteln. Eine Auswertung amerikanischer Untersuchungen. (Berichte über Landwirtschaft, herausgegeben vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Neue Folge. 171. Sonderheft.) Hamburg und Berlin 1959. Verlag Paul Parey. 172 S. mit 26 Schaubildern und 61 Übersichten.

Wissenschaftliche Untersuchungen über Handels- und Verarbeitungsspannen bei Nahrungsmitteln sind bisher im deutschen und europäischen Schrifttum in umfassender Weise nicht vorhanden. Da ist es durchaus verdienstlich, wenn die Ergebnisse und Methoden der großzügigen amerikanischen Arbeiten auf diesem Gebiet dargestellt werden, um Mittel und Wege zu weisen, auf denen die Bestimmungsfaktoren und Wirkungen dieser Spannen im volkswirtschaftlichen Rahmen aufgezeigt werden können.
W. M. Frhr. v. Bissing-Berlin

Gieseke, Paul: Eigentum und Grundwasser. (Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Geisteswissenschaften, Heft 79.) Köln und Opladen 1959. Westdeutscher Verlag. 31 S.

Die Stellung der Wirtschaft und des Rechts gegenüber dem Wasser hat sich grundlegend gewandelt. Wasser ist für uns heute nicht mehr wie z. B. bei *Roscher* ein freies Gut, sondern wir sprechen von einem Wasserhaushalt und meinen damit die Bewirtschaftung des Wassers im Dienste des sozialen Ganzen. Der Hauptgrundsatz der Wasserwirtschaft lautet: Wasser darf nicht verschwendet und nicht unnötig verunreinigt oder in seinem Abfluß gehemmt und gefördert werden. Die Grundzüge des Wasserrechts in seiner geschichtlichen Entwicklung hat G. in der vorliegenden Schrift dargestellt und dabei das Problem Eigentum und Grundwasser in den Vordergrund gerückt. Ein Reichswassergesetz ist verschiedentlich geplant worden. Es war aber dabei geblieben, daß die wasserrechtliche Regelung Sache der Länder war. Das preußische Wassergesetz datiert vom 7. April 1913. Immer stärker sind im Laufe der Zeit hinsichtlich der wasserwirtschaftlichen und der wasserrechtlichen Problematik die öffentlichen Interessen gegenüber den Privatinteressen vorangestellt worden. Die heutige Grundwasserwirtschaft ist infolge der Verstädterung und Industrialisierung durch ein gewaltiges Anwachsen des Bedarfs an Wasser gekennzeichnet. Die bisherige rechtliche Regelung reicht nicht aus, um den Gefahren z. B. der Verunreinigung und Verschmutzung zu begegnen. Das neue Wasserhaushaltsgesetz vom 27. Juli 1957 ist ein Rahmengesetz des Bundes, das noch der Ausführung durch die Länder bedarf. Aber es enthält wichtige Bestimmungen für das Grundwasser, vor allem die, daß jede größere Benutzung des Grundwassers unter eine

Vorkontrolle gestellt werden soll. Die entscheidende Frage ist die, ob man an der Konstruktion des Eigentums am Grundwasser festhalten soll oder nicht und wie weit die soziale Bindung des Privateigentums zu reichen hat. G. schreibt: „Die Formel, auf die wir das Wasserhaushaltsgesetz bringen können, lautet: Beibehaltung des von früher übernommenen Eigentums, aber unter Vorkontrolle, Beaufsichtigung, Einschränkung, Bindung im sozialen Interesse der Gesamtheit und in dem der übrigen Nutzer des Wassers.“ Oder sollte man das Eigentum am Grundwasser in Gemeineigentum überführen? Es ist das eine für die Zukunft zweifelsohne folgenschwere Entscheidung. G. glaubt, „daß wir zunächst an der Konstruktion des Eigentums festhalten sollten“.

Friedrich Bülow-Berlin

Ippen, Paul: Wirtschaftslehre des Bergbaues. Wien 1957. Springer-Verlag. 229 S., 33 Textabbildungen.

Als eigene, wissenschaftliche Disziplin innerhalb des Bergbaus erlangte das Gebiet der Bergwirtschaftslehre bisher noch nicht die ihr zukommende Bedeutung. Überhaupt ist und wird der Begriff „Bergwirtschaft“ verschieden gedeutet und ausgelegt. Zuweilen verstand man darunter insbesondere die bergwirtschaftliche Aufgabe innerhalb einer Volkswirtschaft, mit Schwerpunkt der Bedeutung der Lagerstätten. Viele Vorlesungen unter der Flagge Bergwirtschaftslehre befaßten sich ausschließlich mit Fragen der Montanstatistik, wie der Rezensent dies noch in guter Erinnerung hat.

Paul Ippen spricht erfreulich klar aus, was er unter Bergwirtschaftslehre verstanden haben will: Es ist die Einsicht in das wirtschaftliche Wesen des Bergbaus. Sie sei, so sagt er, weder identisch mit der Betriebswirtschaft im Bergbau noch mit der Montanstatistik, auch stehe sie nicht in direkter Beziehung zu der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Bergbaus bzw. der Lagerstätten. Dies solle nicht heißen, daß das Gebiet der Bergwirtschaftslehre abseits operiere von den Fragen der Montanstatistik, der Lagerstättenkunde, der bergmännischen Betriebswirtschaft, der Bergbautechnik schlechthin und der Nationalökonomie; das wäre ein Unding und ein Unfug, bewegte man sich doch im luftleeren Raum. Die Bergwirtschaftslehre müsse im Gegenteil die Erkenntnisse dieser Disziplinen für ihre Betrachtungen heranziehen und auswerten. In das wichtige Gebiet der Bergwirtschaftslehre könne sogar mit um so größeren Erfolg derjenige eintreten, dem die Nachbardisziplinen vertraut seien, und der insbesondere die Bergtechnik selbst beherrsche, um eben die Besonderheiten und die damit in Verbindung stehenden Aufgaben zu meistern, die sich letzten Endes daraus ergeben, daß die Technik der Urproduktion doch eben eine andere ist als die Produktion anderer Güter. Insgesamt gesehen geht also Ippens Bergwirtschaftslehre auf der Grundlage der theoretischen Nationalökonomie wesentlich über den von Kegel und Granigg vorgezeichneten Rahmen hinaus.

Das Buch ist gegliedert nach drei großen Gesichtspunkten:

1. Einführung in die Grundbegriffe der Wirtschaft und in die Besonderheit des Bergbaus; 2. Wirtschaftliche Betrachtung des Bergbaus; 3. Bergbaupolitik.

Die gewählte Stoffeinteilung des Verfassers — früher Leiter der obersten Bergbehörde und Bergbausachverständiger des Österreichischen Rechnungshofes —, wird nicht nur der Bergtechniker begrüßen, da sie ihm eine allgemeine Kenntnis der wirtschaftlichen Grundbegriffe vermittelt; auch der Volkswirtschaftler wird sie in gleicher Weise mit Gewinn studieren und mit ihm der Betriebswirtschaftler, da beide mit den Besonderheiten des Bergbaus vertraut gemacht werden. Die Abschnitte über die Wirtschaftslehre im allgemeinen und über Bergbaupolitik insbesondere zeigen, daß Ippen freilich in erster Linie hier den Bergmann anzusprechen wünscht.

Ob Ippens Ansicht allgemein gültig und vertretbar ist, daß der Staatsbetrieb gegenüber dem privaten Bergbaubetrieb die „menschlichen Belange aller bei ihm Beschäftigten in einem höheren Grade wahr“, da der Staat seine Arbeitskräfte nicht so ausbeuten kann wie ein rücksichtsloser Privatmann (S. 143), sei dahingestellt. Nicht nur die Geschichte des Bergbaus bietet uns da interessante Anschauungsbeispiele des Für und Wider. Analog gilt dies auch für Ippens Bemerkungen im Schlußwort.

Franz Michael Röss-Bochum

Schunder, Friedrich: Tradition und Fortschritt. Hundert Jahre Gemeinschaftsarbeit im Ruhrgebiet. Stuttgart 1959. Verlag W. Kohlhammer. 323 S.

Der „Bergbauverein“, die Verbandsorganisation der Bergbauunternehmen an der Ruhr, konnte 1958 auf sein hundertjähriges Bestehen zurückblicken. In der vorliegenden Jubiläumsschrift wird anschaulich die geschichtliche Entwicklung des Ruhrbergbaus seit der Mitte des 19. Jahrhunderts dargestellt. Die behandelten Hauptthemen sind Organisation des Bergbauwesens, Bergrecht, Technik, Arbeit (Geschichte des Bergmanns, insbesondere die der sozialpolitischen Maßnahmen) und die Kohlenwirtschaft. Damit wird die Geschichte eines der wichtigsten Gebiete der deutschen Wirtschaft erstmalig in geschlossener Form geboten; denn die bisherigen Werke über das „Revier“ sind, wie das beigefügte Literaturverzeichnis aufweist, immer nur Teilbereichen gewidmet, wengleich sehr wertvolle Abhandlungen vorliegen.

Friedrich Bülow-Berlin

Beckerath, Gerhard von: Ordnungspolitik in der Montanunion, erläutert am Beispiel der Kohlenwirtschaft. Köln und Opladen 1960. Westdeutscher Verlag. 125 S.

Die Schrift analysiert das bisherige Wirken der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl unter marktwirtschaftlichen Ordnungsgesichtspunkten. Mit Recht betont Beckerath, daß sich eine Kritik an der Montanunion letzten Endes auf die politisch gewollte Zusammenfassung der beiden Grundstoffindustrien der sechs Länder zu richten

habe und nicht der „supranationalen“ Hohen Behörde gelten dürfe (S. 11). Nach einer knappen einführenden Betrachtung der EGKS als Teilintegrationsmodell untersucht der Verfasser den Montanvertrag an Hand der verschiedenen Wirtschaftsordnungstypen auf seine ordnungspolitischen Prinzipien sowie die Möglichkeiten des Wettbewerbs am westeuropäischen Steinkohlen-, Stahl-, Eisenerz- und Schrottmarkt. Die Studie unterzieht alsdann die vertraglichen Wettbewerbsregeln (Beschränkungen des Warenverkehrs, Kartelle und Zusammenschlüsse, Diskriminierungen, Subventionen, Beihilfen und Sonderlasten) einer sorgfältigen Prüfung und legt die Grundsätze, Methoden und Folgen der Preispolitik der Hohen Behörde dar. Darüber hinaus kommentiert der Autor die Vertragsbestimmungen zur Erleichterung des Wettbewerbs, zur Vermeidung von Ausnahmeständen und hinsichtlich der Außenhandels- und Sozialpolitik. In seinen zusammenfassenden Schlußbemerkungen hebt Beckerath die ungleichen Wettbewerbsbedingungen hervor, die zum Teil unabhängig von der EGKS bestehen und von ihr nicht überwunden wurden, zum anderen Teil aber durch den Montanvertrag heraufbeschworen worden sind. „Einer Ordnungspolitik auf wirtschaftlichem Gebiet wird es wohl immer an Konsequenz fehlen, wenn sie so wie in der Montanunion von vornherein dem Strudel der politischen Strömungen ausgesetzt ist. Es ist nur zu hoffen, daß die Montanindustrie nach der Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einen Teil der politischen Hypothek abgeben kann und daß die Hohe Behörde der Montanunion recht bald als Verwaltungsbehörde eine stärkere Besinnung auf die Vertragsgrundsätze pflegen kann“ (S. 118). Das konzentriert und flüssig geschriebene Buch zeichnet sich besonders durch die Folgerichtigkeit seiner konstruktiv-kritischen Gedanken aus. Ob und inwieweit sich seine klaren theoretischen Leitbilder im politischen Szenarium durchzusetzen vermögen, bleibt abzuwarten.

Antonio Montaner-Mainz

Ottel, Fritz: Zwei Jahre deutsche Kartellpolitik. Wettbewerb-Modell oder Wirklichkeit? Frankfurt/M. 1960. Fritz Knapp Verlag. 144 S.

Zwei Jahre sind eine kurze Zeitspanne gegenüber einer Wirtschaftserscheinung, die eigentlich so lange besteht, wie wir Geschichte nicht allein der Wirtschaft, sondern aller Lebensgebiete der Menschen zurückverfolgen können. In der Tat gab es Kartelle oder kartellähnliche Gebilde in jedem Zusammenleben, natürlich angepaßt den Sonderverhältnissen mehr oder weniger verbreitet und unterschiedlich geformt. Trotzdem hat der Titel vorliegender Veröffentlichung seine Berechtigung. Die zwei Jahre, die hier behandelt werden, enthalten die richtunggebende erste Anwendung eines viel umstrittenen Wirtschaftsgesetzes, das mit Recht als Grundgesetz der Wirtschaft überhaupt von maßgebender Seite bezeichnet wurde. Schon in dieser kurzen Frist werden Anzeichen erkennbar, die frühere dringende Warnungen der Industrie und ihrer Organisation bestätigen.

Aus dem Untertitel ergibt sich bereits die Einstellung des Verfassers. Er gehört nicht zu den Anhängern der Freiburger Schule

oder der Wettbewerb-Modell-Theorie, sondern ist bemüht, auf wissenschaftlich fundierter Grundlage eine Stellungnahme zu finden, die auch den unumstößlichen Forderungen der Wirklichkeit des Wirtschaftslebens entspricht. Wenn eine Theorie nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmt, dann liegt der Mangel nicht bei der Wirklichkeit, sondern bei der Theorie.

In der Erörterung der theoretischen Grundlagen hebt *Ottel* besonders hervor, daß nach *Eucken* und seiner Freiburger Schule die Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz die Kernfrage der Wirtschaftspolitik ist. In seinem Aufsatz über: „Lenkung der Wirtschaft“¹ schrieb *Walter Eucken*: „Es gibt nur einen Weg: Preise — und zwar Wettbewerbspreise — sind heute das einzige Mittel, um die zahllosen Pläne und Entscheidungen der Millionen von Haushalten und Betrieben aufeinander abzustimmen und sinnvoll zu einem Gesamtprozeß zu verbinden. Der Preismechanismus ist das einzige Instrument, das zur Lösung der zentralen Aufgabe der heutigen Wirtschaftspolitik zur Verfügung steht. Stellen wir dem einmal die Wirklichkeit gegenüber. Wir hatten vor dem Zusammenbruch von 1945 etwa 2500 Kartelle. In einer Flut von Papiergeld wurden damals im allgemeinen die Preise gehalten. Nicht etwa nur im Zusammenhang mit einem Preisstop, sondern vielmehr auf Grund eines gleichzeitigen Lohnstops. Heute haben wir auf Grund des allgemeinen Kartellverbots, das Ausnahmen zuläßt, noch nicht 100 Kartelle, und dabei ist die Preiserhöhungsgefahr zu einem Schrecken weiter Teile der Bevölkerung geworden. Die dieser Wirklichkeit entsprechenden Tatsachen gelangen immer mehr zutage, werden aber durch wirklichkeitsfremde Theorien immer wieder verdeckt.

Wir leben heute nicht mehr in der echten freien Marktwirtschaft der Zeit vor dem ersten Weltkriege. Damals gab es auch Kartelle. Sie trafen vorwiegend in den schwer beweglichen, kapitalgebundenen Rohstoff-Industrien auf und bestimmten nicht das Gesicht der gesamten Wirtschaft. Es gab aber — und dies ist das Wesentliche — keine dauernde Vollbeschäftigung. Mit geringfügigen marktkonformen Mitteln, insbesondere mit geringen Bewegungen des Diskonts, konnte das freie Marktgeschehen notfalls leicht korrigiert werden. Charakteristisch waren damals die beinahe gesetzmäßigen, zyklischen Konjunkturbewegungen der Wirtschaft. Im harten und strengen Wettbewerb wurde die Wirtschaft bereinigt ohne künstliche Erhaltung besonders von Großunternehmungen, wie sie heute aus öffentlichem Interesse üblich geworden sind.

In der heutigen — auch ohne Kartelle — weitläufig erstarrten Wirtschaft wird der Markt nicht von Konjunkturbewegungen, sondern von der Vollbeschäftigung beherrscht. Gefahren, besonders für die Preisgestaltung, kommen nicht von Kartellen, sondern aus der Vollbeschäftigung. Soweit Lohnerhöhungen durch Rationalisierung nicht ausgeglichen werden können, führen sie notgedrungen zu Preis-

¹ Wirtschaftszeitung vom 11. VI. 1948.

erhöhungen und Gefährdungen der Währung und schlagen damit auf die Lohnempfänger und auch auf sonstige Verbraucher zurück. Dabei liegt es in den natürlichen menschlichen Schwächen, die Seltenheit der Arbeitskraft auszunutzen.

Die Bedeutung der Löhne für die Preisgestaltung besteht nicht nur in dem Prozentsatz, den die Löhne in dem einzelnen Betrieb im Verhältnis zu den Gesamtkosten ausmachen, sondern es muß stets berücksichtigt werden, daß gesamtwirtschaftlich gesehen Material- oder sonstige Kosten außerhalb des Lohnbereichs bei den Vorlieferanten wiederum zu einem erheblichen Teile als Lohnkosten erscheinen. Sehen wir die gesamte Wirtschaft in diesem Lichte, so lösen sich immer mehr Kostenteile in Lohnkosten auf, bis schließlich kaum noch sonstige Kosten auftreten. Preise sind so gesehen zum allergrößten Teile Lohnkosten. Diese Tatsache muß man erkennen und berücksichtigen. Sonst verlieren wir uns zum Schaden aller in Auswege, die ins Verderben führen. So leicht man mit einer Kritik von Kartellen oder gar ihrem Verbot Beifall finden kann, so gefährlich ist es, mit solchen Auswegen den Blick von entscheidenden Tatsachen abzuwenden. Ohne immer wiederkehrende Betonung solcher Grundtatsachen verrennen wir uns zu leicht in kleinliche Auslegungsfragen — sogar formaljuristischer Art — in der Anwendung und Beurteilung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. In einer solchen Handhabung des neuen Kartellgesetzes mehr juristischer als gesamtwirtschaftlicher Art bewegen wir uns — mit oder ohne Absicht — rasch in eine bedenkliche Kontrollwirtschaft.

Diese grundsätzlichen Bemerkungen sind unter Berücksichtigung der Ausführungen des Verfassers notwendig, um eine weitere Aufhellung der verdunkelten Wirtschafts- und Marktprobleme zu erreichen. *Ottel* erörtert in seiner Schrift von 144 Druckseiten auch verschiedene Einzelfragen, wie z. B. Modelldenken, richtig oder falsch, Wettbewerb vom Standpunkt der Betriebe, unternehmerischer Wettbewerb, Wettbewerb durch Zwang, Verwaltungswirtschaft, schwankende Rechtsgrundlage, Kosten, innere Widersprüche u. a. Die Arbeit führt zu folgenden Ergebnissen:

Die Bestrebungen, den Wettbewerb als Marktform zu realisieren, führen zu fortgesetztem Zwang. Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen ist in seiner Konzeption von der Freiburger Schule beeinflusst. Auch die Anwendung dieses Gesetzes erfolgt im Sinne dieser Theorie. Teile der Unternehmensführung werden in Ämter verlegt. Wesentliche Grundlagen der Marktwirtschaft werden verletzt. Die Geldentwertung wird verstärkt. Besonders im internationalen Geschäft wird der Wettbewerb nicht gefördert, sondern behindert. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist im Begriff, die Wettbewerbsmodell-Theorie zu übernehmen, wodurch die Zusammenarbeit in ihren Reihen erschwert wird. Die bisherigen Nachteile würden einen Ersatz des Kartell-Verbots durch eine Mißbrauchbekämpfung rechtfertigen, der aber nicht zu erwarten ist. Deshalb sollte eine weitere

Anwendung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne der Modell-Theorie auf das gesetzmäßig geringste Maß beschränkt werden.

Die Schrift *Ottels* verdient in der mit der Unterdrückung der Kartelle wachsenden Kartell-Literatur Beachtung.

Max Metzner-Berlin

Sölter, Arno: Nachfragemacht und Wettbewerbsordnung. (Schriftenreihe: „Der Betrieb.“) Düsseldorf 1960. Verlag Handelsblatt.

Als Geschäftsführer der Abteilung Marktordnung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und als bekannter Kartell-Fachmann ist *Sölter* besonders berufen, dieses bedeutsame, aber schwer durchsichtige Gebiet der Stellung der Einkaufsmächte im Wettbewerb auf dem Markte zu untersuchen. Während in neuerer Zeit der Markt als Gesamtheit aller Beziehungen zwischen Verkäufer und Käufer jedem Wirtschaftstheoretiker geläufig geworden ist, denkt und handelt der Wirtschaftspolitiker in Marktfragen in der Hauptsache im Absatz. Diesen Mangel finden wir schon in der ersten Kartell-Aufsichtsregelung, nämlich in der Kartell-Verordnung vom 2. November 1923, in dem indirekten Kartellbegriff des § 1 sogar gesetzlich verankert, indem dort von Erzeugung und „Absatz“ gesprochen wird. Das damals eingesetzte Kartellgericht revidierte diesen Mangel sofort, indem es den Standpunkt vertrat, daß die Bestimmungen dieser Verordnung den Einkauf ebenso wie den Absatz betreffen. Dem Kaufmann ist die unterschiedliche Bedeutung von Ein- und Verkauf selbstverständlich bekannt. Vielfach gesteht er als Großeinkäufer, daß sein Gewinn in der Hauptsache im Einkauf liegt. In früherer Zeit legte jeder Kaufmann im Wettbewerb den größten Wert darauf, billiger einzukaufen als sein Konkurrent. Dabei vergaß man bisweilen Grundsätze von Anstand und Lauterkeit, indem man besonders mittlere und kleinere Lieferanten ausnutzte. Wenn man den Einkaufspreis bis auf das Äußerste gedrückt hatte, verlangte man am Jahreschluß noch einen 10%igen Geheimbonus, dessen Ablehnung mit einer Streichung von der Lieferanten-Liste bedroht wurde. Solche Ausartungen im Einkaufswettbewerb führten sogar zu radikalen Politisierungen des industriellen Mittelstandes, wie sie sich nach 1933 offenbarten.

Heute scheint hier ein gründlicher Wandel eingetreten zu sein. Die Überlegenheit der Großunternehmen im Einkauf gegenüber den mittleren und kleineren Einkäufer auf Grund einer wohlüberlegten Ausnutzung des Geheimnisses der Leerlaufkosten scheint in erheblichem Maße mit Hilfe von Einkaufszusammen- und Anschlüssen gemindert zu sein. Beschränkungen des Wettbewerbs im Einkauf unter Vermeidung früherer Mißbräuche sind bei den organisierten Einkaufsmächten zu beobachten. Die Frage ist, ob und in welchem Maße derartige Vorteile der zusammenwirkenden Einkäufer an die Abnehmer und schließlich an die Verbraucher weitergegeben werden.

Wesentlich schwieriger und verwickelter erscheinen diese wirtschaftlichen Probleme aus der mehr rechtlichen Sicht des neuen Gesetzes

gegen Wettbewerbsbeschränkungen (G.W.B.). Eine solche Untersuchung nimmt *Sölter*, gestützt auf eine umfangreiche Literatur und unter vielfacher Berufung auf maßgebende Stimmen der Gegenwart, vor. Dabei beleuchtet er tieferschürfend vor allem die schon erwähnte und heute noch bestehende Übung, Marktvorgänge fast ausschließlich von der Käuferseite, d. h. als Einkäufer, Verbraucher oder Konsument zu sehen, zu be- und verurteilen. Unter eingehender Würdigung unterschiedlicher Standpunkte, gelangt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß das G. W. B. drei wirtschaftliche Tatbestände, das Anbieterkartell, das marktbeherrschende Unternehmen und die Nachfrage-Auftragskonzentration, unterschiedlich behandelt, während nach seiner Ansicht gleiche wirtschaftliche Ausgangspositionen nur durch gleiche Behandlung der drei wirtschaftlichen Tatbestände geschaffen werden können.

Das besondere Verdienst dieser Arbeit besteht darin, daß dieses zwar nicht neue, aber infolge der Entwicklung in den letzten Jahren und Jahrzehnten im Rahmen der Gesamtwirtschaft besonders bedeutsame Problem von allen Seiten angeschnitten und derart in den Vordergrund gerückt wird, daß eine wirtschaftliche und rechtliche Klärung und Lösung dringend notwendig wird.

Max Metzner-Berlin

Börner, Bodo: Die Marktbeherrschung im Kartellrecht der Montanunion und die Ruhrkohle. Düsseldorf 1960. Verlag Handelsblatt GmbH.

Die Studie untersucht im ersten Abschnitt „die Möglichkeit, die Preise für einen wesentlichen Teil der betreffenden Erzeugnisse auf dem gemeinsamen Markt zu bestimmen“. Artikel 65 des Montan-Union-Vertrages (M.V.) enthält ein grundsätzliches Kartellverbot mit Ausnahmen, die erteilt werden müssen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind. Verboten sind hier Kartellabsprachen, die Preise für einen wesentlichen Teil bestimmen.

Im zweiten Abschnitt wird auf Grund der Ergebnisse des ersten Abschnitts die Frage geprüft, ob der Einheitsverkauf für Ruhrkohle die Preise im Sinne von Artikel 65 Nr. 2 bestimmt. Die Arbeit sieht mit Absicht davon ab, zu prüfen, ob ein Einheitsverkauf wünschenswert ist. Der Gesetzgeber geht bei seinem Verbot von dem Schutz des „normalen“ Wettbewerbs aus.

Die besondere Bedeutung und das besondere Interesse an dieser Studie liegt in der Tatsache, daß entsprechend den derzeitigen Bestrebungen, schwierigste Wirtschaftsprobleme rechtlich zu regeln, der Verwaltung und Rechtsprechung Wirtschaftsaufgaben übertragen werden, die nicht mit logischer Sachlichkeit gelöst werden können, sondern nur mit einem tiefen Sinn für wirtschaftliche Zusammenhänge unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Gewichtes annähernd geklärt und zweckmäßig verfolgt werden können. Wer die geheimnisvollen, kaum faßbaren Marktvorgänge kennt, weiß, daß es nicht in Wirklichkeit, sondern nur in Gedanken einen „normalen“ Wettbewerb gibt, weiß, daß alle Bemühungen von allen Seiten darauf gerichtet

sind, Preise zu bestimmen und daß es in Wirklichkeit darauf ankommt, im Einzelfall unter Berücksichtigung aller Umstände Art und Grad der Preisbeeinflussung zu ermessen. Ohne Hervorhebung des Ergebnisses vorliegender Arbeit kann festgestellt werden, daß jede Stellungnahme und jede Entscheidung bemängelt und angegriffen werden kann, da sie nicht auf absoluter Sachlichkeit ruht, sondern Tendenzen der Zweckmäßigkeit entspricht. *Max Metzner-Berlin*

Krusche, Dieter: Marktverhalten und Wettbewerb. Eine Untersuchung zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen. (Beiträge zur Verhaltensforschung, herausgegeben von G. Schmölders, Heft 3.) Berlin 1961. Verlag Duncker & Humblot. 104 S.

Der Markt und sein Wettbewerb gehören zu den entscheidenden Merkmalen eines jeden Wirtschaftssystems. Sie entziehen sich trotz unwäzender Fortschritte auch auf dem Gebiete der Wirtschaftserkenntnisse immer noch exakten Erfassungen. Da die Wirtschaft vom Menschen ausgeht und ihm dient, ist die menschliche oder psychologische Erforschung von Markt und Wettbewerb immer noch das beste Mittel, in diese dschungelhaften Gebiete der Wirtschaft einzudringen. Es ist deshalb zu begrüßen, daß eine Untersuchung von Marktverhalten und Wettbewerb in den von dem bekannten Herausgeber Professor *Schmölders* veröffentlichten „Beiträgen zur Verhaltensforschung“ erscheint. Der Verfasser vorliegender Arbeit hat aus den angegebenen Gründen als Weg seiner Untersuchungen die Sozialpsychologie gewählt.

Im ersten Kapitel wird die gemeinsame Marktbeherrschung mehrerer Unternehmen als Gegenstand des § 22 Absatz 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (G.W.B.) behandelt. Die Zahl der Marktteilnehmer sowie der Markt- und der Wettbewerbsbegriff werden dabei erörtert. Das zweite Kapitel untersucht das Entstehen von Gruppenbewußtsein zwischen Unternehmen. Wettbewerbsverhalten und Gruppensolidarität werden dabei berücksichtigt. Im dritten Kapitel werden Ausdrucksformen des Gruppenbewußtseins vorgeführt. Das vierte Kapitel ist dem Gruppenzusammenhalt und der Marktgegenseite gewidmet. Im fünften Kapitel wird das Unternehmensverhalten unter dem Einfluß von Gruppennormen geprüft.

Die gesamte Arbeit zeigt eine gute Begabung, die sich bei zunehmender Erfahrung günstig entwickeln kann. Das Thema ist weit gefaßt und wird eng behandelt. Im Kern erörtert die Schrift nur den § 22 Absatz 2 des G.W.B. mit seiner Definition der Marktbeherrschung durch zwei und mehr Unternehmen. Während das G.W.B. Kartelle grundsätzlich verbietet und marktbeherrschende Unternehmen sowohl als Einzelunternehmen als auch Marktbeherrschung durch zwei und mehr Unternehmen einer Mißbrauchgesetzgebung unterstellt, gliedert der Verfasser als Ergebnis seiner Untersuchungen in ein einzelnes marktbeherrschendes Unternehmen mit Mißbrauchgesetzgebung und zwei und mehr Unternehmen mit fehlendem Binnenwettbewerb als Kartell mit Verbotsgesetzgebung und als solidarische Gruppe mit Mißbrauchgesetzgebung. So interessant eine solche Gliederung sein kann

und so sachlich begründet sie auch sein mag, würde es zu weit führen, in einer kurzen Besprechung näher darauf einzugehen.

Der Verfasser liebt es, die Erörterungen seiner Kernfrage mit einer kurzen Berührung und raschen Beurteilung vieler angrenzender Probleme zu verbinden. Auch fällt es auf, daß der Verfasser sich in weitestem Umfange unter zitatmäßigen Hinweisen auf andere Veröffentlichungen stützt. Dabei werden mit Vorliebe neuartig anmutende fachliche Ausdrücke in fremden Sprachen angewandt, die mehr formeller Natur sind und in der Erkenntnis alte und natürlich ausgedrückte Feststellungen und Stellungnahmen kaum übertreffen.

Trotz derartiger mehr methodischer Mängel, die nicht allein vorliegender Arbeit anhaften, sondern eine Erscheinung ähnlicher Untersuchungen über Verhaltensvorgänge sind, zeugt die vorliegende Arbeit des jugendlichen Verfassers von einem bemerkenswerten Einfühlungsvermögen in schwierige wirtschaftliche Vorgänge und läßt die Annahme zu, daß er mit wachsender Erfahrung ein tüchtiger Förderer in der Erkenntnis schwieriger Wirtschaftsfragen zu werden verspricht.

Max Metzner-Berlin

Seemann, Klaus: Die Verwaltungspraxis des Bundeskartellamtes zu den höherstufigen Rationalisierungskartellen nach § 5 Absatz 2 und 3 G.W.B. Köln u. Opladen 1961. Westdeutscher Verlag. 53 S.

Die Schrift behandelt einen kleinen, aber bemerkenswerten Teil des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (G.W.B.), der mit besonderer Deutlichkeit die ungeheuren Schwierigkeiten in der Anwendung dieses sogenannten Grundgesetzes der Wirtschaft vorführt.

Über die einfachen Rationalisierungskartelle (R.K.) hinaus, die nur der Normung oder Typisierung dienen und deshalb nur einer Anmeldung unterworfen sind, befassen sich die höherstufigen R.K. mit Maßnahmen, die die Leistungsfähigkeit oder Wirtschaftlichkeit der angeschlossenen Unternehmen in technischer, betriebswirtschaftlicher oder organisatorischer Beziehung wesentlich heben und den Verbrauch verbessern. Rationalisierungserfolg und Wettbewerbsbeschränkung sollen in einem angemessenen Verhältnis stehen. Besteht die Rationalisierung in einer Spezialisierung, so darf diese den Wettbewerb nicht ausschließen. Erfolgt die Rationalisierung in Verbindung mit Preisabreden oder Syndikaten, so wird eine Erlaubnis nur erteilt, wenn der Zweck auf andere Weise nicht erreicht werden kann und die Rationalisierung im allgemeinen Interesse liegt. So kennzeichnet das G.W.B. seine Einstellung zu R.K.

An Hand der bekanntgegebenen Einzelfälle sowie der bisherigen drei Jahresberichte des Bundeskartellamtes (B.K.A.) untersucht der Verfasser die Tätigkeit des B.K.A. auf dem Gebiete der R.K. Dabei gelangt er zu dem Ergebnis, daß es dem B.K.A. bisher nicht gelungen ist, das Problem der R.K. in der Form von Syndikaten, wie sie in der Praxis im Vordergrund stehen, zu meistern.

Die Schwierigkeiten des Problems zeigen sich aber auch in den Stellungnahmen des Verfassers. Es trifft zu, daß von allen Kartell-

formen gerade Syndikate für den gemeinsamen Ein- und Verkauf, die auf dem Markte gewissermaßen wie selbständige Großunternehmen handeln können, über die größten Möglichkeiten einer Rationalisierung verschiedenster Art verfügen. Wenn das B.K.A. Verständnis für diese Eigentümlichkeit zeigt, geht es nach allen Erfahrungen aber zu weit, zu behaupten, daß diese Rationalisierungsvorzüge „entweder jedem Syndikat schlechthin eigentümlich sein dürften oder wohl bei jedem Syndikat unschwer verwirklicht werden könnten“. Ebenso geht es zu weit, zu behaupten, daß bei der Bewertung der Syndikate als Träger der Rationalisierung durch das B.K.A. „Kartellbildungen notgedrungen den Weg über ein Syndikat wählen müssen“. Schließlich versteigt sich der Verfasser gegenüber dem B.K.A. zu dem Vorwurf, daß es entgegen der Absicht des Gesetzgebers einseitig die betriebswirtschaftlichen Vorteile einer Syndizierung überbewertet.

Es ist keineswegs die Aufgabe vorliegender Besprechung, das B.K.A. gegenüber ungerechtfertigten Vorwürfen in Schutz zu nehmen. Eine sachliche Stellungnahme erfordert aber ein Abwägen von Behauptungen oder Feststellungen nach den Tatsachen des Lebens und den Erkenntnissen der Zusammenhänge. Wer das Leben von Syndikaten kennt und Marktzusammenhänge zu beurteilen versteht, weiß, daß die Rationalisierungsmöglichkeiten von Syndikaten je nach den vorliegenden sachlichen und persönlichen Umständen bei jedem Syndikat in Art und Intensität unterschiedlich verwirklicht werden und ständigen zeitlichen Änderungen ausgesetzt sind. Wer an der Bildung von Syndikaten mitgewirkt hat, weiß, wie schwer es ist, auch in großen Notlagen freie, selbständige Unternehmen zu so weitgehenden Beschränkungen ihrer Selbständigkeit und Freiheit zu bewegen, und wie groß die Gefahr ist, daß derartige Vereinbarungen umgangen werden. Jedes Syndikat sieht jederzeit anders aus und wirkt sich auch in bezug auf Rationalisierung anders aus, so daß für ein Aufsichtsamt auf Grund des Gesetzes keine andere Möglichkeit besteht, als an den gegebenen Maßstäben jeden Einzelfall zu beurteilen. Damit hat aber der Gesetzgeber dem B.K.A. eine Aufgabe übertragen, die sehr schwer zu erfüllen ist und die vor allem ein Eindringen und Eingreifen in einer Art und einem Ausmaße verlangt, daß mit zunehmender Anwendung dieses Grundgesetzes der Wirtschaft die Gefahr einer dirigistischen Lenkung immer größer und stärker wird. Um der Freiheit des Marktes zu dienen, wird Zwang angewandt. Ein solcher Widerspruch droht, auf die Dauer Freiheit in Zwang zu ersticken.

Auf diese Schwierigkeiten und Gefahren habe ich bereits in der Zeit der Entstehung dieses Gesetzes aufmerksam gemacht. In einem Aufsatz über: „Rationalisierung und Wettbewerb“ (Rationalisierungskartelle?) in der Zeitschrift „Rationalisierung“, Heft 6/1953, wies ich darauf hin, daß schon die Wortfassung „Rationalisierungskartell“ einen Widerspruch enthält. Nach Ansicht des Gesetzgebers hindern Kartelle den Wettbewerb und damit die Leistung, während Rationalisierung die Leistung fördert. Schon damals bemerkte ich, daß

Ausnahmegenehmigungen für sogenannte R.K. nicht der Sache genügen, da derartige Erlaubnisverfahren erfahrungsgemäß ein schweres Hindernis der Vereinbarung und Durchführung von gemeinschaftlichen Rationalisierungsmaßnahmen sind.

Heute klagen das Rationalisierungs-Kuratorium der Wirtschaft, maßgebende Vertreter der Wissenschaft und weite Kreise der Wirtschaft und ihrer Organisation über die erhebliche und unverständliche Behinderung der Rationalisierung von Gemeinschaften und verlangen eine Änderung der betreffenden Bestimmungen des G.W.B. und ihrer Handhabung. Derartige Gesetzesmängel lassen sich aber schwerlich beheben, da sie die komplizierte, Zeit und Kräfte raubende Gesetzesmaschine auf diesem Gebiete nach widrigen Erfahrungen von neuem in Bewegung setzen müßte. Und das Ende einer Reform des G.W.B. würde bei der mehr politischen als wirtschaftlichen Einstellung zu den in der Öffentlichkeit in Mißkredit stehenden Kartellen nach aller Erfahrung mit größter Gewißheit neue, wahrscheinlich erheblichere Mängel hervorbringen.

Max Metzner-Berlin

Die Energiewirtschaft. Struktur, Organisation und Tendenzen. (Schriftenreihe der Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 1.) Hannover 1960. Verlag für Literatur und Zeitgeschehen. 306 S., 7 Schaubilder.

Der globale Titel dieses unter S. Karres von einer „Arbeitsgruppe“ der Herausgeberin abgefaßten Buches wäre ohne Frage als irreführend zu kennzeichnen, wenn nicht Inhaltsverzeichnis und Einleitung sogleich richtiggestellt hätten, daß im großen und ganzen allein die Zweige der westdeutschen Energiewirtschaft interpretiert werden. So beanspruchen bei einem Gesamtumfang des Textes von 223 S. (ohne Anhang) bereits die Kapitel über die Energiequellen Steinkohle, Elektrizität und Gas in der Bundesrepublik fast 100 S. Im übrigen sind die Kapitel einheitlich unterteilt in 1. „Die wirtschaftliche Situation“ und 2. „Ordnungsgrundlagen und Steuerungsmaßnahmen“, und nachdem der 2. Abschnitt nicht nur jeweils ein Plädoyer für „eine gemeinwirtschaftliche Ordnung“ enthält, sondern auch die ihm in gedrängter Form folgenden Ausblicke auf Großbritannien, Frankreich und die USA (insgesamt 29 S.) eigens den Eingriffen der öffentlichen Hand, zuvörderst der britischen und französischen Verstaatlichungspraxis, gewidmet sind, steht ohnehin schon außer Diskussion, an Hand welcher Maxime sich das Konzept „einer koordinierten Energiewirtschaftspolitik“ ausrichtet, zu dem laut Vorwort eben das Buch ein Scherflein beisteuern soll. Soweit zum Untermauern des Sozialisierungsstandpunktes gar noch die Entschließung der SPD aus dem Jahre 1958 zitiert und im Anhang wörtlich abgedruckt wird, dürfte allerdings höchstens bei einzelnen Gewerkschaften Billigung finden, aber eingedenk der inzwischen vollzogenen Distanzierung von dem früheren Postulat keinesfalls bei der SPD. Überhaupt scheint auch anderswo im freien Westen die Gemeinwirtschaft nicht mehr ganz die politische Gunst der ersten Nachkriegszeit zu besitzen. Wie wäre es sonst zu

erklären, daß sich der Kongreß der britischen Labour Party von 1960 Mäßigung in seinem Verstaatlichungsprogramm auferlegt hat und in manchen Ländern privates Kapital zur Beteiligung an Staatsunternehmen aufgemuntert wird?

Das 4. Kapitel beschäftigt sich auf 44 S. mit der universellen „Mineralölwirtschaft“, sprengt demnach, um die Abhängigkeit in der Versorgung auf dem Gebiete zu demonstrieren, insofern den Rahmen der seitherigen Disposition, als es über die Skizzierung der inländischen Problematik des Energieträgers hinaus hälftig und somit in großen Zügen von dem Ölmarkt der Welt sowie dessen „Entwicklungstendenzen“ handelt und lediglich kurz die „Ordnung“ Frankreichs wie auch Italiens streift. Gewiß wären billigere Angebote der Sowjetunion auf den bis jetzt zur Hauptsache aus dem Mittleren Osten und Venezuela gespeisten Märkten „kaum von Nachteil“ für den Konsumenten; doch Staaten, die mangels genügender einheimischer Vorräte zu namhaften Einfuhren gezwungen sind, sollten sich stets vor Augen halten, was eine Bedarfsdeckung durch laufende sowjetische Lieferungen zu ökonomisch zwar, vorerst wenigstens, nützlichem Preis eines Tages etwa auch auf politischer Ebene anstiften kann. In den restlichen Kapiteln wird über Westdeutschlands Braunkohle und Atomplan, über das Erdgas sowohl der Bundesrepublik als des Auslandes und zu guter Letzt nach den Energiereserven in Mitteleuropa über die „energiewirtschaftlichen Verflechtungen des Ostblocks“ berichtet.

Arthur Dissinger-Ravensburg

Schulz, Reinhard: Der weltwirtschaftliche Energieverband. Versuch einer Bestimmung wichtiger Größenordnungen des interregionalen und internationalen Austausches kommerzieller Energieträger. (Kiel Studien, Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Nr. 51.) Kiel 1959. VIII, 134 S., 5 Schaubilder.

Mit dem in der Schrift angestellten Forschen nach bedeutungsvollen Größen im weltwirtschaftlichen Energieaustausch ist ein Modus procedendi durchexerziert worden, der, allerdings ungeachtet der wiederholt angetönten statistischen Mängel — beginnend beim Erheben der Produktion kommerzieller Energieträger — sowie der auf Transport, Veredlung und Verbrauch für Bunkerungen zurückgehenden Fehlerquellen, im ganzen famos abgerundete Einsichten in das stürmische Fortschreiten sowohl der interregionalen als auch der internationalen Energieversorgung gewährt. Die Weltenergiebilanz, die in Blickrichtung auf die Verbundwirtschaft entworfen wird, fußt zwar auf Daten von 1954, doch dadurch, daß die Versorgungsströme teils bis 1957 Niederschlag finden, kreuzen immerhin kurz- und langfristige Einbuchungen in der aufgezeichneten Erzeugungs- und Absatzstruktur auf, sei es infolge der Suez-Krise oder infolge des Sahara-Öls. Wenn der Verfasser dennoch die Deckung des Bedarfes an traditionellen Energieträgern selbst im Falle politischer Spannungen auf lange Sicht für gesichert bewertet und zugleich den Austauschverkehr mit flüssigen Brennstoffen als Hauptrepräsentanten des „großräumigen“ Verbundes

in mengenmäßiger Relation für ziemlich stabil, reflektiert wohl der Optimismus offenbar allein den Status von 1958. Wäre es nicht so, mit dem Befund steht mindestens die eingangs der Schrift und zu dem Zeitpunkt auch bereits von anderen Autoren ausgesprochene Erwartung in Einklang, wonach die herkömmlichen Energieträger „das Feld nicht allzu bald“ der Kernenergie überlassen werden. Wie schnell sich indessen die Struktur innerhalb des Energiebereiches grundlegend wandeln kann, haben schon die Marktverhältnisse der letzten Jahre ausreichend eingepreßt: Noch 1955/57 wurde mit Rücksicht auf die damals zusehends lästigere Versorgungslücke dringend eine Beschleunigung des Tempos in der Nutzbarmachung der Kernenergie empfohlen (vgl. *Hartley*-Bericht), während die plötzlich anschwellende Überschußgewinnung vornehmlich von Erdöl 1959/60 Anlaß zu dem Rat gegeben hat, die Entwicklungsarbeiten auf dem zuvor so oft berufenen Energiegebiet nicht zu überstürzen (vgl. *Robinson*-Bericht). Abgesehen von der Preisschwäche der Ölprodukte als Folge weltweiter Überkapazität der Raffinerien scheint auch die durch das gesteigerte Angebot nicht zuletzt aus neuen Ölquellen drohende Verzerrung der Austauschstruktur langsam in ein chronisches Stadium hineinzuwachsen. Kennzeichnend dafür ist außer der Import-Kontingentierung der USA einmal, daß Saudi-Arabien unlängst eine auf den nachgewiesenen Ölvorkommen aufgebaute Produktionsregulierung zwischen den mittelöstlichen und amerikanischen Exporteuren vereinbaren wollte, bislang freilich vergebens, da dem Plane nach Venezuela seine immense Ausfuhr stark einschränken müßte; zum anderen, daß sich die Sowjetunion seit Jahresfrist mit vermehrter Intensität in die Belieferung der freien Welt mit Rohöl einzureihen sucht (so u. a. in Indien). Obgleich man sicherlich noch immer mit dem Verfasser unterstreichen kann, dem sowjetischen Export nach Westeuropa komme „im Gesamtzusammenhang der Weltenergiewirtschaft nur geringe Bedeutung zu“ — für 1959 wird das nach der freien Welt ausgeführte Quantum auf rund 4 vH des freien Weltexports geschätzt —, bleibt aber nichtsdestoweniger zu beachten, die an sich zwar vorerst minimale Menge konkurriert auf einem ohnehin gesättigten Markt — Symptom: die beschlossene Stilllegung von Ölfeldern im Irak —, so daß, wenn auch einstweilen keine wirklichen Dumpingpreise zu registrieren waren, jederzeit mit einem offenen Kampf um Preis und Abnehmer gerechnet werden muß.

Arthur Dissinger-Ravensburg

Kleps, Karlheinz: Kartellpolitik und Energiewirtschaft in der Montanunion. (Ökonomische Studien, herausgegeben vom Institut für Außenhandel und Überseewirtschaft der Universität Hamburg, Heft 7.) Stuttgart 1961. Gustav Fischer Verlag. 349 S.

Es handelt sich um eine bemerkenswerte Arbeit zur Erlangung der Doktorwürde. Diese gründliche Untersuchung von erheblichem Umfange stützt sich nicht allein auf eine umfangreiche Literatur, sondern baut gleichzeitig auf praktischen Erfahrungen auf, die der Verfasser

in seiner Tätigkeit bei der Hohen Behörde der Montan-Union, bei der Ruhrkohlenberatung in Essen und bei der Industrie-Gewerkschaft Bergbau und Energie erworben hat. Die Arbeit zeugt von viel Fleiß und großem Verständnis für die Schwierigkeiten der Kohlenwirtschaft, insbesondere auf dem Markte und im Wettbewerb.

Wenn eine Gestaltung oder Ordnung des Marktes erfolgreich sein will, muß sie sich den wirtschaftlichen Gegebenheiten des zu ordnenden Gutes anpassen. Sonst wirkt sie nicht wirtschaftsfördernd, sondern hindernd. Es ist aber bekannt, daß gerade der Bergbau von Sonderheiten bestimmt wird, die ihn von den andern Zweigen der Industrie abheben und zum Fundament einer jeden Produktion gestalten, wenigstens in der bisherigen deutschen Industrierwirtschaft. Im Grunde genommen handelt es sich bei der Tätigkeit im Kohlenbergbau gar nicht um eine Produktion im üblichen Sinne, sondern lediglich um eine Hebung und gewisse Veredlung eines aus dem Boden gewonnenen Gutes. Damit steht der Bergbau eigentlich mit seiner Art der Landwirtschaft, die auch nur Bodenerzeugnisse bestellt, näher als den andern Industriezweigen. So selbstverständlich eine solche Feststellung klingt, so wichtig ist ihre Berücksichtigung bei der Organisation von Markt und Wettbewerb. Die erste Folge ist die Marktun- oder Schwerbeweglichkeit der Kohle und die Notwendigkeit eines gewissen Marktschutzes auch in einer Marktwirtschaft.

In der Kohlenwirtschaft wurden die ersten und festgefügtsten Kartelle gegründet, die Jahrzehnte durchhielten. Die Gründung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats im Jahre 1893 wurde der Auftakt zur Einleitung der jetzt abgeschlossenen deutschen Kartell-Ära.

Der Hauptvorwurf der Öffentlichkeit gegenüber Kartellen besteht in der Behauptung einer Überhöhung der Preise. Demgegenüber besteht die Tatsache, daß die staatliche Wirtschaftsaufsicht mit Hilfe der leicht kontrollierbaren Kartelle die Kohlenpreise bis zum Zusammenbruch im Jahre 1945 mit der Begründung unter den Kosten hielt, daß Kohlenpreiserhöhungen als Schlüsselpreise eine Erhöhungswelle durch die gesamte Wirtschaft nach sich ziehen. Diese Tatsache wurde von allen deutschen Preiskommissaren in intimen Besprechungen nicht nur zugegeben, sondern sogar mit dem Bemerken hervorgehoben, daß sich eine kartellierte Wirtschaft leichter in den Preisen kontrollieren läßt als eine Unzahl von Einzelunternehmen.

Die Hauptschwierigkeit des Bergbaues in der Gegenwart und wohl noch mehr in der Zukunft liegt in der erwachenden Konkurrenz des Erdöls und weiterer Energiequellen, vor allem der Atomkraft. Zur Zeit werden etwa 75 % des deutschen Energieverbrauchs etwa zur Hälfte durch Stein- und Braunkohle sowie durch Mineralöle gedeckt. In den entscheidenden letzten 25 % spielt sich der hartnäckige Konkurrenzkampf zwischen den verschiedenen Energiequellen einschließlich der Importe ab. Wer den Wettbewerb kennt, weiß, daß 25 % nicht ein unbedeutender Anteil sind. Es ist gerade das Geheimnis des

Wettbewerbs, daß die geringsten Prozentsätze aus Konkurrenzfurcht in der Lage sind, den gesamten Markt maßgebend zu beeinflussen.

Der Verfasser untersucht eingehend und sachverständig die Schwierigkeiten, die sich auf dieser Wirtschaftsgrundlage für den deutschen Bergbau aus den Wettbewerbsregelungen des Montan-Union-Vertrages ergeben. Erfahrungsgemäß eilen derartige internationale Regelungen wie in der europäischen Montan-Union den nationalen Regelungen voraus. Unter Berücksichtigung der nationalen unterschiedlichen Wirtschafts- und Rechtsverhältnisse der angeschlossenen Länder müssen sich supranationale Regelungen auf allgemeinere Grundsätze beschränken, die der praktischen Anwendung einen weiten Spielraum lassen. Keines der beteiligten sechs Länder verfügt über einen freien Wettbewerb. Aber die Beschränkungen des Wettbewerbs sind in den beteiligten Ländern außerordentlich unterschiedlich. Demnach bietet sich der Auslegung und Anwendung der Bestimmungen des Montan-Union-Vertrages ein großes Feld.

So ist z. B. der § 65 des Vertrages von besonderer Bedeutung. Er wendet sich nur gegen Beschränkungen des „normalen“ Wettbewerbs. Es ist aber schwer oder gar unmöglich auszudrücken, was überhaupt normaler Wettbewerb ist. So behaupten z. B. maßgebende Vertreter des Bergbaues, daß es in diesem Wirtschaftszweige überhaupt keinen normalen Wettbewerb gibt.

Die Schwierigkeiten, die in der Anwendung der Kartellbestimmungen des Montan-Vertrages entstehen, werden von dem Verfasser eingehend vorgebracht und gewürdigt. Dabei vertritt er die Ansicht, daß die Benachteiligungen der Kohle im Wettbewerb gegenüber andern Energieträgern durch die harten Kartell- und Preisbestimmungen des Montan-Vertrages verschärft werden. — Die Konkurrenten Erdöl, Erdgas und Wasserkraft, die den lockeren Wettbewerbsbestimmungen des E.W.G.-Vertrages unterstehen, genießen auf dem Markte Vorzüge. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die allgemeinen und mehr grundsätzlichen Bestimmungen des E.W.G.-Vertrages gerade zur Zeit unter schweren Geburtswehen im Rahmen des grundsätzlichen Kartellverbotes konkretisiert werden und daß es sich zur Zeit um unvermeidliche Übergangsschwierigkeiten derartiger grandioser Pläne wie die Schaffung der europäischen Marktgemeinschaft handelt.

Die Lösung der Schwierigkeiten sieht der Verfasser in einem einheitlichen Recht aller Energieträger und in einer einheitlichen Anwendung dieses Rechts. Eine einzige Institution sollte für alle Energieträger in Frage kommen. Entweder sollten dabei alle Zuständigkeiten auf die Hohe Behörde der Montan-Union unter Anwendung ihrer scharfen Wettbewerbsbestimmungen übertragen werden oder die drei europäischen Gemeinschaften sollten unter Anwendung der Bestimmungen der E.W.G. fusioniert werden.

So wertvoll dieser Einblick in die Gegenwartsschwierigkeiten der Wettbewerbsregelung von Kohle und Stahl im europäischen Raum

auch ist, so beschränkt er sich doch naturgemäß auf diese Träger der Energie unter allgemeinen Hinweisen auf andere Energieträger. In Wirklichkeit sind die Hindernisse noch größer, als der Verfasser sie berücksichtigen konnte. Die europäischen Markt- und Wettbewerbsvereinheitlichungsbestrebungen stehen erst am Anfang ihrer Gestaltung und werden noch viele Nöte und Überraschungen ungeahnter Art und Intensität erleben. Denken wir nur daran, daß selbst der Wettbewerb in den einzelnen beteiligten Ländern an wesentlichen Unterschiedlichkeiten in der Behandlung der verschiedenen Wirtschaftsgebiete krankt. Erinnern wir uns, daß die Bedenken der deutschen Industrie bei der Schaffung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen mit Recht die einseitige Belastung von Teilen der Industrie gegenüber vielen Ausnahmen wichtiger Wirtschaftszweige betonte. Der Kenner des Wettbewerbs und seiner Regelung weiß, daß eine wirkliche und wirksame Vereinheitlichung in jedem beteiligten Lande erst geschaffen werden könnte, wenn das gesamte Wirtschaftsrecht nach seinem Wettbewerbsinhalt und seiner Regelung überprüft und entsprechend umgestaltet werden würde. Hinzu kommen die Schwierigkeiten, die sich aus dem Beitritt weiterer Länder und der Assoziation von Ländern noch ergeben werden. Alle noch zu erwartenden Spannungen und Hemmungen lassen sich zur Zeit noch gar nicht übersehen. Sie werden bestimmt gewaltig auftreten und noch Jahrzehnte zu ihrer Überwindung bedürfen.

Die Lösungen, die sich einmal ergeben, werden für das Schicksal aller beteiligten Länder von entscheidender Bedeutung sein. Wie sie nur zustande kommen können, wenn sie die Bedingungen dieser Länder in starkem Grade berücksichtigen, werden sie andererseits weitgehende Auswirkungen herbeiführen. So werden diese Lösungen Leitbilder der kommenden Entwicklung dieser Länder sein. Diese Auswirkungen werden sich wesentlich von den gegenwärtigen Bedingungen und Verhältnissen abheben. Die Dinge sind in lebendigem Fluß und werden neue Lebensbedingungen schaffen. In diesem großen Rahmen muß das Sondergebiet des Verfassers gesehen werden. Er hat auf jeden Fall einen wertvollen Baustein für dieses Neuland geliefert.

Wenn auch einzelne Mängel mehr formaler Art den Ausführungen anhaften, tun sie dem Gesamtwerk keinen Abbruch. Der Titel hätte etwas bestimmter gefaßt werden können. Vielleicht: Die Marktregelung der Energiewirtschaft in der Montan-Union. Leider begegnet man immer wieder dem Jahrzehnte alten Mangel, alle Marktregelungen und besonders ihre unangenehmen Seiten unter dem Titel „Kartell“ zu behandeln, während es sich in Wirklichkeit auch um andere zum Teil bedeutendere Marktvorgänge, wie z. B. um Preisbindungen vertikaler Art durch Einzelunternehmen (Markenartikel-System) oder um konzernmäßige Zusammenschlüsse und Vorgänge verwandter Art handelt. Den gleichen Vorgang erleben wir zur Zeit bei dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Auf einen eigentümlichen

Vorgang von Markt- und Wettbewerbserörterungen sei zum Schluß noch hingewiesen. Diese Darlegungen und gesetzlichen Eingriffe dienen angeblich dem freien Markte. Dabei vergißt man zu leicht und zu oft, daß man versucht, Freiheit durch Zwang zu schaffen, ein zweischneidiges Unternehmen. Praktisch führt dieser Weg meist dahin, daß private Wettbewerbsbeschränkungen durch öffentliche ersetzt werden. Es liegt aber bisher noch kein Beweis dafür vor, daß öffentliche Beschränkungen des Wettbewerbs gesamtwirtschaftlich gesehen dem Wirtschaftsprinzip besser dienen als private.

Max Metzner-Berlin

Schnyder, Klaus: Die Handels- und Gewerbefreiheit in der Energiewirtschaft. Unter besonderer Berücksichtigung der Atomenergie. Winterthur 1958. Verlag P. G. Keller. XXIII, 199 S.

Unter „grundsätzlicher Bejahung des weltanschaulichen und wirtschaftlichen Liberalismus“ davon ausgehend, daß in der hergebrachten Energiewirtschaft der Staatsinterventionismus überwiegt, durchdringt die mit Akribie geschriebene rechtsvergleichende Studie im 1. Kapitel generell die beiden Komponenten des thematischen Gegenstandes, indem einerseits über die obrigkeitliche Regelung der Handels- und Gewerbefreiheit als solcher in der Schweiz, Deutschland, den USA, Frankreich und Großbritannien orientiert wird und andererseits in großen Zügen über Förderung und Auswertung der altbekannten primären Energieträger sowie des Urans, um mit kurzer Skizzierung des Energiehaushaltes der Welt abzuschließen. Hierbei beschränkt sich freilich der Verfasser, wohl um des gesteckten Zieles wegen jegliche ökonomische Prognose auszusparen, nicht bloß auf eine Gegenüberstellung der diversen Schätzungen der Reserven an klassischen Energiequellen, sondern auch auf die Aussage, die früher oder später akut werdende Erschöpfung der fossilen Vorräte zwingt zu einer „baldigen“ Erschließung „neuer“ Energieträger, vorab der Kernenergie. Das 2. Kapitel schürft breit und tief danach, ob die Handels- und Gewerbefreiheit in dem speziellen Wirtschaftssektor der vorerwähnten Länder aufrechterhalten bzw. wieweit sie im einzelnen aus Motiven wie etwa des Allgemeinwohles teilweise oder ganz aufgehoben worden ist. Auch für den Bau und Betrieb von Pipelines, das derzeitige Diskussionsobjekt, wird die behördliche Kompetenz, insbesondere was die öffentliche Sicherheit anbelangt, weder von der schweizerischen noch von der westdeutschen Wirtschaft bestritten. Die Meinungen differieren nur in bezug auf Art und Ausmaß des Eingreifens seitens der Regierung; in der Schweiz dreht es sich um die Frage Bewilligungssystem — analog den für die Kernenergie geltenden Vorschriften — oder Konzessionspflicht und in Westdeutschland um marktwirtschaftliche oder dirigistische Gewichtung. Die verschiedenartigen Ordnungen der abgehandelten Energiemärkte beflügeln auf jeden Fall die Vorstellung, welch komplizierte Aufgabe hinter der von Montanunion, EWG und EURATOM beabsichtigten Koordinierung der Energiepolitik in Wirklichkeit steckt. Läßt sich dieses Unterfangen überhaupt

durchführen, so muß aber den mit der Kohle gemachten Erfahrungen nach der energetische Imperativ W. Ostwalds, Energie zu verwerten und nicht zu vergeuden, dergestalt Prämisse in dem abgestimmten Konzept sein, daß die gesamten wirtschaftspolitischen Direktiven, wenn immer erforderlich, der strukturellen Entwicklungslinie der energiewirtschaftlichen Einzelzweige ohne Verzug Rechnung zu tragen vermögen.

Arthur Dissinger-Ravensburg

Geer, Johann Sebastian: Der Markt der geschlossenen Nachfrage. Eine morphologische Studie über die Eisenkontingentierung in Deutschland 1937—1945. (Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Heft 14.) Berlin 1961. Verlag von Duncker & Humblot. 175 S.

Die Arbeit zeigt eine stark persönliche Note. Sie hat den Vorzug, die im ersten und letzten Teil enthaltenen Auseinandersetzungen über verschiedene Wirtschaftsformen und -systeme auf den Erfahrungen aufzubauen, die der Verfasser als Leiter der statistischen Abteilung des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten (V.D.M.A.) von 1929 bis zum Zusammenbruch im Jahre 1945 gesammelt hat. Seine Abteilung wurde 1937 mit der Verteilung eines Eisenkontingents betraut, die bis 1945 andauerte. Der Markt der sogenannten geschlossenen Nachfrage ist also ein Markt der „Bewirtschaftung“ aus der Zeit der nationalsozialistischen Wirtschaft. In seinen Erörterungen über Wirtschaftsformen steht deshalb neben der neoliberalen Schule von Eucken die nationalsozialistische Wirtschaft im Vordergrund. Dabei ist charakteristisch, daß der Verfasser und seine Mitarbeiter nicht der Partei angehörten und deshalb auch nicht mit ihrem Gedankengut belastet waren. Sie gehören zur Nürnberger Schule von Wilhelm Vershofen. Die Arbeit wurde als Habilitationsschrift von der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg angenommen.

Es erübrigt sich, hier auf den eigentlichen Inhalt der Schrift, nämlich die Kontingentierung von Eisen und Stahl und die Bewirtschaftung im Nationalsozialismus überhaupt einzugehen, so sachverständig und interessant gerade diese Untersuchungen und Veröffentlichungen auch sind. Ihr Studium soll aber jedem jugendlichen Forscher, der diese Vorgänge nicht miterlebt hat, besonders empfohlen werden. Es hilft, statt gefühlvoller und voreiliger Stellungnahmen, die Vorgänge wirtschaftlicher Art zwischen 1933 und 1945 wissenschaftlich zu untersuchen, charakteristische Merkmale — Nach- und auch Vorteile — jener politisch so verhängnisvollen Zeit zu ergründen, sie sachlich zu werten, um für künftige Gestaltungen besser gerüstet zu sein.

Es ist verständlich und auch begrüßenswert, daß der Verfasser seine Erfahrungen auf dem Gebiete der Bewirtschaftung in den Vordergrund rückt. Sie war ein wesentliches, wenn nicht gar entscheidendes Zeichen nationalsozialistischer Wirtschaftsgestaltung. Aber es gab weitere Erscheinungen und Vorgänge, deren Zurücksetzung das Bild zu eng erscheinen lassen würde. Dabei soll die schnelle Überwindung einer riesenhaften Arbeitslosigkeit mit Hilfe einer einfachen Er-

kenntnis und ihre energische Durchsetzung nicht vergessen werden. Die Beträge öffentlicher Unterstützung der Arbeitslosigkeit wurden zur Mitfinanzierung privater, finanziell notleidender Aufträge verwandt. So erreichten sorgenvolle Arbeitssuchende und ihre Familien moralischen Halt und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Gleichzeitig wurde der privaten Wirtschaft und der öffentlichen Hand geholfen.

Ein anderes wichtiges Merkmal war der Lohn- und Preisstopp. So unerwartet er kam, so schwierig er in seiner Durchführung war, zeigte er trotz seiner unangenehmen und gar widerlichen Eingriffe in die Wirtschaft eine erstaunliche Haltung von Preisen und Löhnen in einer Flut von Papiergeld. Damit soll keineswegs einem Stopp von Löhnen und Preisen das Wort geredet werden. Aber solche Hinweise können notwendig und nützlich sein angesichts der Hauptgefahr der sozialen Marktwirtschaft, nämlich einer Steigerung von Löhnen und Preisen über den Zuwachs der Produktivität im Zusammenhang mit der Vollbeschäftigung. Die Hauptschwierigkeiten dieser Erscheinung im heutigen Wirtschaftssystem stehen uns noch bevor. Ob und wie sie durch freiwillige Einsicht gemeistert werden können, wird die Zukunft zeigen. Freiwilliger Einsicht wäre dabei der Vorzug vor Zwangseingriffen zu geben.

Im Schlußkapitel kommt der Verfasser nochmals auf der Grundlage seiner Bewirtschaftungserfahrungen auf verschiedene Wirtschaftsformen und -systeme zu sprechen. Seiner Beurteilung der Wirtschaftsvorgänge im Nationalsozialismus kann man durchaus zustimmen. Mangels eigener Wirtschaftssachverständiger nutzte er die wirtschaftlichen Fähigkeiten seiner Gegner reichlich bei der Verfolgung seiner Ziele aus. Von einem eigenen Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus kann man kaum sprechen.

In vielen Vergleichen von Wirtschaftssystemen kann man eine überspitzte Stellungnahme und eine übertriebene Hervorkehrung der Kartelle beobachten. Wenn eine solche Feststellung auch im vorliegenden Falle gemacht werden kann, so ist sie darauf zurückzuführen, daß der Verfasser sich hier weitgehend auf Alexander Rüstow, den bekannten Heidelberger Wirtschaftstheoretiker und Vorkämpfer der Neoliberalen, stützt. Diese Berufung ist zu verstehen, da Rüstow viele Jahre wirtschaftspolitischer Berater des deutschen Maschinenbaus war und damit dem Verfasser nahestand.

Eine sachliche Einstellung zu dem Kartellproblem bietet weit weniger Anlaß zu Auseinandersetzungen über Kernfragen der Wirtschaft. Die Wirtschaft hat die Aufgabe, Leistungen zu erzeugen. Das beste Reizmittel hierzu ist der Leistungswettbewerb. Wenn Kartelle wider das Leistungsprinzip handelten, war ihr Bestand nie von langer Dauer. Abgesehen von Eingriffen der öffentlichen Aufsicht zerbrachen sie in solchen Fällen auch durch internen Widerstreit. Wenn andererseits Leistungswettbewerb in Vernichtungswettbewerb ausartet, greift nicht allein die Wirtschaft, sondern sogar die öffentliche Hand zu Beschränkungen des Wettbewerbs. Die bisherigen Beobachtungen in der An-

wendung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen haben die bemerkenswerte Feststellung ergeben, daß das öffentliche Interesse sich den marktbeherrschenden Unternehmen und den Preisbindungen folgender Stufen im Markenartikelsystem weit mehr als den Kartellen zuwendet.

Der Streit um Wirtschaftsformen und -systeme bestand immer und wird bleiben. Ein erfreuliches Zeichen von Leben und Bewegung. Zu einem erheblichen Maße ist er darauf zurückzuführen, daß das wirtschaftliche Geschehen sich nicht an theoretische Grundsätze hält, sondern sich im täglichen Kampf mit menschlicher Rücksichtslosigkeit und Schwäche gestaltet. Will die Theorie lebensnahe bleiben, muß sie derartige Menschlichkeiten erkennen und berücksichtigen. In diesem Sinne bietet die vorliegende Schrift besonderen Anlaß zu tiefgreifenden Erwägungen über die Wirtschaft und ihre Gestaltung.

Max Metzner-Berlin

Lehbert, Ben: Die Entwicklung der Stahlwirtschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika und in der Sowjetunion. (Kieler Studien, Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel.) Kiel 1961. VII, 200 S., 8 Tabellen, 9 Schaubilder.

Der Verfasser gibt zunächst einen generellen Überblick über die Stahlwirtschaft in beiden Ländern, wobei der Schwerpunkt der Untersuchung auf standortliche und raumwirtschaftliche Fragen gelegt wird. Dadurch wird die Bedeutung der Transportkosten als eines erheblichen Faktors im Kostengefüge beleuchtet. Die Transportkosten unterliegen wahrscheinlich erheblichen Schwankungen von Standort zu Standort, besonders in der Sowjetunion. Trotz verschiedener Wirtschaftssysteme und -methoden aber verläuft die Entwicklung der Stahlwirtschaft in beiden Ländern in sehr vielen Punkten ähnlich. Diese Ähnlichkeiten hervorzuheben ist die Absicht des Verfassers. Er hat dazu mit Fleiß und Geschick sich die notwendigen Unterlagen beschafft und die erforderlichen Tatsachen systematisch gesammelt. Was die Lage in den Vereinigten Staaten betrifft, so führen die Untersuchungen *Lehberts* die Arbeit von *Predöhl* fort, die dieser im Jahre 1928 im Weltwirtschaftlichen Archiv über die örtliche Verteilung der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie veröffentlicht hat, während für die Sowjetunion die spärlich vorhandenen sowjetischen Quellen herangezogen und ausgewertet werden mußten. Mit Recht weist der Verfasser darauf hin, daß die Ähnlichkeit der Entwicklung in den beiden Ländern nicht etwa auf das Walten einer ökonomischen Rationalität, die sich auch im sozialistischen Wirtschaftssystem der Sowjetunion durchsetzt, zurückzuführen ist, sondern daß die Technik, die ja die Russen weitgehend von den Amerikanern übernehmen, die ökonomische Bewegungsfreiheit weitgehend einschränkt. Im Anhang wird ein Verzeichnis der sowjetischen Stahlwerke gegeben, das vielleicht nicht ganz vollständig ist, aber doch wohl die genaueste Beschreibung der einzelnen Werke bietet, die wir in der freien Welt besitzen.

W. M. Frhr. v. Bissing-Berlin

Mellerowicz, Konrad: Der Markenartikel als Vertriebsform und als Mittel zur Steigerung der Produktivität im Vertriebe. (Schriftenreihe des Forschungsinstituts für das Markenwesen, Berlin, in Verbindung mit der Gesellschaft zur Erforschung des Markenwesens e. V., Wiesbaden, Band 1.) Freiburg i. Br. 1960. Rudolf Haufe Verlag. 119 S.

Die Literatur über den Markenartikel ist ähnlich umfangreich wie die über Kartelle. Wahrscheinlich ist dies ein Beleg der Mannigfaltigkeit und auch Verworrenheit der Auffassungen über diese Wirtschaftserscheinungen. Der Verfasser vorliegender Arbeit geht davon aus, daß bisher ein „wenig gesichertes Wissen“ auf dem Markenartikelgebiet vorliegt und eröffnet eine Schriftenreihe als Leiter des Forschungsinstituts für das Markenwesen, das in Verbindung mit der Technischen Universität Berlin von der Gesellschaft zur Erforschung des Markenwesens mit dem Sitz in Wiesbaden gegründet wurde.

Wer den Verfasser und seine Arbeiten kennt, weiß, daß die Gesellschaft mit dieser Berufung einen glücklichen Griff getan hat. Er ist ein origineller Denker, der es versteht, auf sachlich fundierter, theoretischer Grundlage mit einem sicheren Blick für die Gegebenheiten des Lebens in exakter und gedrängter Form Klärungen und Lösungen herbeizuführen. Verschiedene Umstände haben ihn zu vorliegender Studie veranlaßt, die das Markenwesen aus dem entscheidenden Blickpunkt einer Steigerung der Produktivität untersucht. Da ist einmal die hervorragende Bedeutung der Marke im Umsatz des Handels, die bei aller Verschiedenheit in den einzelnen Branchen im Gesamtdurchschnitt etwa 30 % beträgt. Ferner die besondere Stellung des Markenartikels auf Grund seiner bekannten Eigenheiten. Dabei weist der Verfasser besonders auf die umstrittene vertikale Preisbindung hin, die bei horizontaler Konkurrenz auf der Herstellerebene und bei angemessener Spannenbildung richtig sein kann. Sie kann für alle Beteiligten, nämlich Verbraucher, Händler und Hersteller, Vorteile bringen. Schließlich bieten noch die ewig ungelöste Handelsspanne, die Bedeutung des Markenartikels im Gemeinsamen Markt und nicht zuletzt die Stellungnahme des Gesetzgebers neben anderen Umständen reichliche Arbeit für die Forschungsaufgaben des Instituts.

Ergänzend könnte auf Vorgänge der Gegenwart und nahen Zukunft hingewiesen werden, die eine sachliche Erforschung des Markenartikelwesens herausfordern: Der so beliebte und geschätzte „echte“ Markenartikel alter Art ist in Verbindung mit der in letzter Zeit zu beobachtenden Inflation vorwiegend „unechter“ Marken in einen bedauerlichen Mißkredit geraten. Die trügerische Hoffnung, mit ein wenig äußerer Aufmachung und billiger Werbung viel zu verdienen, mag hierbei mitgewirkt haben. Ferner ist der Kern des Markenartikels, nämlich die Qualität, im Zusammenhang mit den sich rasch verbreitenden neuen Stoffen, bisher „Kunststoffe“ genannt, stellenweise ins Wanken geraten. Gleichbleibende Qualitäten werden immer

häufiger durch neue Qualitäten bekämpft und ersetzt. Die bereits erwähnte, umstrittene Preisbindung folgender Stufen, die früher ein übliches Attribut des Markenartikels war und der Erhaltung der Qualität gegenüber Preisschleudereien diente, verfällt aus Konkurrenzgründen und auch auf Grund neuerer theoretischer Erwägungen immer mehr. Auch der Verfasser verteidigt diese Bindung nur unter bestimmten, genannten Voraussetzungen. Die wohl aus USA kommende Rabattgewährung ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarungen und Vorschriften hat auch die preisgebundene Marke ergriffen und unterhöhlt damit das Preisbindungssystem. Zu den heute noch wirksamen Eigenheiten der Preisbindung für echte Marken zählen die Erleichterung der Marktorientierung, die Garantie von Qualität und Erfolg sowie die Erhaltung des Fachhändlers.

Von besonderer Bedeutung für die Zukunft der Marke ist ihre gesetzliche Behandlung. Im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen wurde der Markenartikel im Gegensatz zum Kartell mit viel Sachverständnis und Fürsorge behandelt. In der Hauptsache unterliegt er nur einer gewissen Registrierung und leichten Möglichkeit einer Mißbrauchverfolgung. Wie aber schon die alte Kartell-Verordnung von 1923 lehrte, wurden von ihr im Laufe der Anwendung Kreise betroffen, die sich in Unkenntnis der Dinge anfangs für eine Kartellaufsicht ausgesprochen haben. Ähnlich ist heute nach vielen Anzeichen zu erwarten, daß eine bereits beabsichtigte Reform des neuen Kartellgesetzes in erster Linie die Konzerne und den Markenartikel in eine intensivere Staatsaufsicht einbeziehen werden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Stellungnahme der Händler zum Markenartikel und seiner Preisbindung. Während früher die Marke nur eine heimliche Liebe des Händlers war, die er in öffentlicher Kritik oft verleugnete, bekennt er sich heute in den Zeiten einer Gefährdung des Markenwesens offen und mit Nachdruck in immer weiteren Kreisen für die Marke, die ihm seine Existenz erleichtert und sichert. Auch die hier kurz skizzierten, ergänzenden Umstände sollten in weiteren Forschungen und Veröffentlichungen berücksichtigt werden.

Das Inhaltsverzeichnis ist reich gegliedert. Im ersten Kapitel wird die Notwendigkeit einer Steigerung der Produktivität in der Distribution begründet. Das zweite Kapitel erörtert den Markenartikel als Vertriebsform. Das dritte Kapitel enthält das Kernstück, nämlich den Nachweis, daß der Markenartikel auch ein Mittel der Steigerung der Produktivität im Vertrieb sein kann und ist. Der Schluß enthält etwa folgende Zusammenfassung der Ergebnisse: In der Steigerung der Produktivität liegt die Verteilung weit hinter der Produktion. Dieser Rückstand besteht auch im Vertrieb der Industrie-Betriebe. Eine der Hauptursachen ist das mangelhafte Denken und Handeln im Vertrieb. Auch hier soll exaktes, kostenbewußtes Denken und Rechnen Platz greifen. Der Handel ist heute noch viel zu traditionell eingestellt. Davon zeugt auch das Handelsspannen-Denken. Berücksichtigt man, daß

die Vertriebskosten 30 bis 60 % des Endverbraucherpreises ausmachen, so geht hieraus klar und eindrucksvoll die Wichtigkeit und Dringlichkeit einer Produktivitätssteigerung im Vertrieb hervor.

Der Markenartikel drängt nicht allein in der Produktionssphäre durch Massenproduktion und Abschwächung von Nachfrageschwankungen zur Leistungssteigerung, sondern bietet noch mehr Rationalisierungsmöglichkeiten in der Verteilung. Dabei handelt es sich keineswegs um eine Ausschaltung von Handelsstufen, sondern um eine neue Verteilung von Handelsfunktionen. Einige Aufgaben des Handels werden beim Markenartikel rationeller von dem Hersteller übernommen, besonders die Werbung und Verpackung. So wird der Handel von Kosten entlastet. Ohne den Markenartikel hätten sich die kostensparenden Selbstbedienungsläden nicht so schnell und erfolgreich durchgesetzt. Derartige Funktionswandlungen und Kostensenkungen erfüllen ihren Sinn und Zweck aber nur, wenn die Kostensenkungen auch in der Handelsspanne zum Ausdruck gelangen. Ein wesentliches Hindernis von Spannungssenkungen besteht in dem Umstande, daß eine Konkurrenz der Hersteller von Markenartikeln zu Spannerhöhungen führen kann, um das besondere Interesse des Händlers für einen bestimmten Artikel anzureizen. Die Preisbindung kann die Rationalisierung fördern, aber auch hemmen. Nach Ansicht des Verfassers verfügt gerade der Markenartikel über viele Möglichkeiten der Rationalisierung. Diese Änderung in der Verteilung von Funktionen zeigt nicht nur Übernahme von Handelsfunktionen durch den Hersteller, sondern auch umgekehrt Eindringen von Händlern in traditionelle Industrie-Aufgaben.

Es ist zu verstehen, daß der Verfasser von dem Gegenstand seiner Untersuchungen derart erfüllt ist, daß er die Möglichkeiten produktiver Entwicklungen auf dem Markenartikelgebiet in besonders günstigem Lichte sieht. Auf jeden Fall ist diese einführende Untersuchung des Forschungsinstitutes für das Markenwesen eine hervorragende Arbeit. Damit wird die Hoffnung verbunden, daß weitere Veröffentlichungen des Institutes das sichere Wissen um den Markenartikel stärken werden. Wenn man zur Zeit auch von einer gewissen Krise des Markenartikels sprechen kann, ändert diese Erscheinung nichts an der Tatsache, daß trotz aller Kritiken und Gefahren der echte Markenartikel mit seinen großen Vorzügen seinen Platz an der Sonne des Marktes behaupten wird. Mit dem wachsenden Sinn der Verbraucher für Qualität und Preiswürdigkeit wird die echte Marke stets an Anhängern gewinnen. Leistung und Vertrauen des Verbrauchers sichern der echten Marke ihren Bestand und ihre Zukunft.

Max Metzner-Berlin

Raum und Verkehr. Bd. 1—4. (Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung.) Bremen 1956 bis 1959. Walter Korn Verlag.

Während in der Wirtschaftstheorie das Problem *Wirtschaft und Zeit* seit *Böhm-Bawerk* und *Marshall* immer stärker in den Brennpunkt

der Auseinandersetzung gerückt ist, kann von der Behandlung der Problematik Wirtschaft und Raum, wenn man dabei vor allem an die Fragen der Konzentration und der Dezentralisierung, insbesondere des Verkehrswesens denkt, nicht dasselbe gesagt werden. Hatte schon die Standorttheorie seit *Thünen*, bis sie endlich in unseren Tagen als Raumwirtschaftslehre in den legitimen Bereich der Volkswirtschaftslehre aufgenommen wurde, abseits stehen müssen, so sind auch die Probleme Raum und Verkehr anderen als den offiziell-akademischen Institutionen überantwortet geblieben. Sie werden heute vornehmlich von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, und dem Institut für Raumforschung in Godesberg gepflegt. Die vorliegende vierbändige Reihe „Raum und Verkehr“ vermittelt einen ausgezeichneten Überblick über die in diesem Bereich vordringlich wichtigen Fragen. In dem ersten Carl *Pirath* zum Gedächtnis gewidmeten Bande behandelt Walter *Linden* das allgemeine Thema „Verkehr und Raumordnung“, *Schulz-Kiesow*, der hervorragende Theoretiker des Tarifwesens, die Aufgabenteilung zwischen Schiene und Straße, *Isenberg* die Standortverhältnisse und die Industriestruktur. Daneben kommt eine Reihe anderer Sachkenner zu Worte, zuletzt Otto *Schlier* mit seinem interessanten Beitrag „Zwölf Wünsche der Raumforschung an die Verkehrsstatistik“, der so recht geeignet ist aufzuweisen, welche Lücken heute noch in der Behandlung der Raumprobleme bestehen.

Der zweite Band gilt den Verkehrsströmen, wobei darauf hingewiesen sei, daß die Veröffentlichungen gerade in diesem Bereich in den letzten Jahren zahlreicher geworden sind, wenn man dabei an die Arbeiten von *Kloten*, *Scheele* und *Seidenfus* denkt. Im dritten Band stehen die Themen „Landwirtschaft und Verkehr“ und Luftverkehr zur Debatte, während der vierte das aktuellste Thema „Verkehrsprobleme in Ballungsräumen“, das auch früher schon verschiedentlich im Rahmen der Raumforschung bearbeitet worden ist, in Angriff nimmt mit Aufsätzen von Walter *Linden*, Gerhard *Isenberg*, *Gadegast*, *Völker* und anderen. Kein Zweifel, diese vier Bände stellen eine höchst wertvolle Bereicherung im Dienste der Bewältigung des ebenso diffizilen wie vordringlich wichtigen Problemkomplexes Raum und Verkehr dar.

Friedrich Bülow-Berlin

Kloten, Robert: Die Eisenbahntarife im Güterverkehr. (Veröffentlichungen der Friedrich List-Gesellschaft, Band 13.) Kyklos-Verlag, Basel. I. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1959. XI, 224 S., 37 Abbildungen.

Robert *Kloten* ist mit einer Reihe beachtenswerter Untersuchungen über die Eisenbahntarife im Güterverkehr in den letzten Jahren bekannt geworden. Sein letztes Werk gibt eine oft auf neuen Gesichtspunkten aufbauende und mit alten Vorstellungen und Begriffen aufräumende theoretische Untersuchung über die Eisenbahntarife. Vor allem die deutsche theoretische Diskussion über das Eisenbahntarif-

wesen war in erster Linie vom Standpunkt der Verwaltung weniger von dem der theoretischen Ökonomie ausgeführt worden. Emil Sax und Oskar Engländer suchten zwar noch für die Leistungen der Verkehrsmittel eine Theorie der Preisbildung zu formulieren, doch kam Sax über eine primitive Grenznutzentheorie und über den Satz, daß im Verkehrswesen die Preise die Kosten beeinflussen, nicht hinaus. Engländer aber gab nur eine reine Preiskasuistik. In den angelsächsischen Ländern war man durch die Arbeiten von Taussig, Locklin und Pigou weitergekommen, aber auch hier fehlt eine Analyse der Produktionsbestimmungen für die Leistungen der Eisenbahn und eine Klärung der Marktform. Herbert Kloten sucht nun mit Erfolg die Preiserscheinungen bei der Eisenbahn mit der modernen Preistheorie in Einklang zu bringen und mit ihrer Hilfe zu erklären. Daher gibt er im ersten Teil seines Buches, von den besonderen Produktionsbedingungen der Eisenbahn ausgehend, eine umfassende Erörterung über die Rahmenbedingungen der Preisbildung im Güterverkehr, im zweiten Teil werden die Komponenten eines Eisenbahngütertarifs analysiert und der dritte Teil gibt dann als Synthese eine Darstellung der Tarifbildung in ihren wesentlichen Erscheinungsformen. Da die Arbeit Klotens das Eisenbahntarifwesen in seinen theoretischen Zusammenhängen geschlossen wiedergibt, bedeutet sie einen Fortschritt in der wissenschaftlichen Erforschung des Gegenstandes und eine Bereicherung vor allem der deutschen verkehrswissenschaftlichen Literatur.

W. M. Frhr. v. Bissing-Berlin

Die Deutsche Binnenschifffahrt. Eine Gemeinschaftsarbeit, herausg. von Otto Most. (Verkehrswissenschaftliche Veröffentlichungen des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 38.) Düsseldorf 1957. Droste-Verlag. 291 S.

Die Binnenschifffahrt war früher weitgehend ein Stiefkind in den Darstellungen der Verkehrspolitik; und wenn auch in den letzten Jahrzehnten verschiedentlich in Zeitschriften Einzeldarstellungen über diesen Bereich des Transportwesens erschienen sind, so stellt doch erst die vorliegende, von verschiedenen Bearbeitern, vor allem aber von Otto Most betreute Veröffentlichung eine zusammenfassende Behandlung aller in Frage kommenden Probleme der Binnenschifffahrt dar. Den Beitrag über die geographischen Grundlagen hat Erich Otremba beigezeichnet, als allgemeinwirtschaftliches und staatspolitisches Problem werden die Binnenwasserstraßen von Otto Most behandelt, von Erich Seiler als technisches und finanzielles Problem. Die Häfen und Umschlagseinrichtungen, die in diesem Zusammenhang von ganz besonderer Bedeutung sind, hat Josef Nagel-Neuß dargestellt. Von Alfons Schmitt, der verschiedentlich verkehrspolitische Probleme behandelt hat, stammt der Beitrag über die Binnenschifffahrt der Bundesrepublik Deutschland in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung. Es ist dies ein für den Nationalökonom besonders wichtiges Kapitel. Im Rahmen des europäischen Verkehrswesens und „in der Welt“ betrachtet Ursula von Koepen die deutsche Binnenschifffahrt

einschließlich der daraus sich ergebenden Probleme einer westeuropäischen Integration. Daß auch der Mensch in der Binnenschifffahrt in einem Aufsatz von Wilhelm *Geile* Berücksichtigung findet, ist begrüßenswert. Die Gegenüberstellung von Binnenschifffahrt und Eisenbahn bietet Franz J. *Schroiff*, von Binnenschifffahrt und Kraftwagen Hellmuth St. *Seidenfus*-Köln und von Binnenschifffahrt und Seeschifffahrt wiederum Otto *Most*. Die abschließenden Teile des Bandes gelten der Spedition und dem Binnenschifffahrtsrecht. Sehr zu begrüßen ist die außerordentlich sorgfältige Zusammenstellung des Schrifttums über die Binnenschifffahrt durch *Seidenfus*. Insgesamt gesehen stellt das vorliegende Buch ein in jeder Hinsicht eindrucksvolles Bild der deutschen Binnenschifffahrt dar.

Friedrich Bülow-Berlin

Verkehr und Wirtschaft. Festschrift für Otto *Most*, herausgegeben vom Zentral-Verein für deutsche Binnenschifffahrt. Duisburg-Ruhrort 1961. Binnenschifffahrts-Verlag G.m.b.H. 257 S.

Auf Veranlassung des Zentralvereins für deutsche Binnenschifffahrt haben sich namhafte Vertreter der deutschen Verkehrswissenschaft zusammengetan, um Otto *Most* diese Festschrift an dem Tage zu überreichen, an dem er das 80. Lebensjahr vollendete. So ist es nicht erstaunlich, wenn in der Schrift die maßgeblichen Verkehrsprobleme abgehandelt werden. Dadurch wird aber die Festschrift für denjenigen, der sich mit Verkehrsfragen befaßt, zu einem Nachschlagewerk, das dem Leser eine schnelle und gute Orientierung verschafft.

W. M. Frhr. v. Bissing-Berlin

Nagel, Josef: Niederrheinische Häfen und Europäische Hafenwirtschaft. Ein Beitrag zur volkswirtschaftlichen Theorie der Binnenhafenwirtschaft. (Verkehrswissenschaftliche Veröffentlichungen des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 37.) Düsseldorf 1957. Droste-Verlag. 163 S.

Als in gewissem Sinne zusammengehörig mit dem Heft 38 der Verkehrswissenschaftlichen Veröffentlichungen, „Die deutsche Binnenschifffahrt“, kann die vorliegende Darstellung der niederrheinischen Häfen und der europäischen Hafenwirtschaft betrachtet werden. Wenn die Bedeutung der Abhandlung im ersten Teil auch wesentlich in der regionalen Betrachtung im Sinne des niederrheinischen Raumes zu sehen ist, so läßt sich doch nicht verkennen, daß der Verf. die allgemeinen Probleme der Hafenwirtschaft bis hin zur europäischen Hafenwirtschaft im zweiten Teil in ausgiebiger Weise berücksichtigt und wissenschaftlich sachgerecht behandelt. Sowohl die rechtlichen, wirtschaftlichen als auch die wirtschaftspolitischen Fragen werden mit genügender Ausführlichkeit bedacht.

Friedrich Bülow-Berlin

Saumann, Horst: Die Verkehrsstruktur der nordwesteuropäischen Seehäfen Antwerpen, Rotterdam, Amsterdam, Bremen und Hamburg und ihre Wandlungen von der Jahrhundertwende bis zur Gegenwart. (Schriften des Verkehrswissenschaftlichen Seminars der Uni-

versität Hamburg, Heft 4.) Hamburg 1956. Schiffahrts-Verlag „Hansa“ C. Schroedter & Co. 155 S.

Seit Kurt *Wiedenfelds* umfangreichem und bedeutendem Werk über die nordwesteuropäischen Welthäfen aus dem Jahre 1903 hat es an einer größeren und auch nur einigermaßen sachgerechten Darstellung dieses Gebietes des Verkehrswesens gefehlt. Mit der vorliegenden Schrift ist es S. gelungen, die Lücke, die bisher auf diesem Gebiet bestand, durch eine sorgfältig durchgeführte und ein plastisches Gesamtbild von der Entwicklung des Seeverkehrs in den kontinentalen Welthäfen bietende Untersuchung zu schließen. Die Arbeit gliedert sich in drei Teile, von denen der erste „Die Ausgangslage“, der zweite „Entwicklungen und Wandlungen“ und der dritte „Die Gegenwartslage“ behandelt. Hauptanliegen des Verf. ist der Vergleich der Häfen, so daß dieser Aspekt den Aufbau und den Inhalt der ganzen Arbeit bestimmt und damit dem Leser die Gemeinsamkeiten der Häfen einerseits, ihre Unterschiede andererseits vor Augen geführt werden. Über eine bloße Deskription hinaus unternimmt es S., den Ursachen der Entwicklungen und Wandlungen nachzugehen. Die Schrift stellt zweifelsohne eine wissenschaftlich wertvolle Leistung dar.

Friedrich Bülow-Berlin

Kohte, Wolfgang: Westfalen und der Emsmündungsraum. (Gesellschaft für westfälische Wirtschaftsgeschichte, Vortragsreihe Nr. 7.) Dortmund 1961. Ardray Verlag. 59 S., 2 Karten.

In knapper Darstellung werden zunächst die alten Beziehungen zwischen Westfalen und dem Emsmündungsgebiet behandelt. Der Nachdruck liegt auf dem 19. Jh. und seinen Kanalbauten. Schlaglichter fallen auch auf das Verhältnis zu Groningen und Delfzyl. Gut herausgearbeitet ist wie der Dortmund-Ems-Kanal, der ursprünglich gebaut wurde, um Ruhrkohle auszuführen, heute hauptsächlich zur Einfuhr der Erze dient, obwohl deswegen Schiffe (und Waggons) leer von der Ruhr nach Emden fahren müssen. Erstaunlich war die Weitsicht Preußens beim Kanalbau trotz Eisenbahnen — während gleichzeitig in England die Eisenbahngesellschaften die Kanäle lahmlegen.

Walther Maas-Braunschweig

Berendt, Günter: Die Entwicklung der Marktstruktur im internationalen Luftverkehr. (Verkehrswissenschaftliche Forschungen, Schriftenreihe des Verkehrswissenschaftlichen Seminars der Universität Hamburg, herausgegeben von Prof. Fritz *Voigt*, Band 5.) Berlin 1961. Verlag von Duncker & Humblot. 265 S.

Die Arbeit besteht aus drei Teilen; der erste Teil bringt die historische Entwicklung der Marktstruktur, der zweite gibt die Bestimmungsgründe wieder, die die Marktstruktur formten und beeinflussten, und der dritte Teil besteht aus einem Blick in die Zukunft.

Die historische Entwicklung hat wiederum drei Phasen durchlaufen, von denen die erste Phase als die des Kurzstreckenluftverkehrs in

die Jahre 1919—1927 verlegt wird. Ihr Kennzeichen ist, daß zwischen Luftverkehr und Erdverkehr noch keine wirksame Konkurrenz vorhanden ist, während sich im Luftverkehr selbst die Marktgestaltung vom kooperativen Oligopol zum organisierten Oligopol wandelt. Allerdings war in dieser Phase der Einfluß der 1919 gegründeten IATA noch gering. In der zweiten Phase, die der Verfasser als die Zeit des kontinentalen Luftverkehrs bezeichnet, und die sich über die Jahre 1928 bis 1939 erstreckt, schließen sich die in den einzelnen Ländern bestehenden Luftverkehrsgesellschaften zusammen, und es entsteht nunmehr ein echter Oligopol-Wettbewerb zwischen Eisenbahn und Luftfahrt. Die Flugpreise werden auf die Eisenbahnfahrpreise abgestimmt. Das organisierte Oligopol unter den Luftverkehrsgesellschaften wird dank des Wirkens der IATA straffer, die IATA selbst wird zum größten internationalen Kartell. In der dritten Phase nach 1945 bis zur Gegenwart wird aus dem kontinentalen der interkontinentale Luftverkehr. Jetzt besteht ein Nebeneinander von konkurrierenden Luftverkehrsgesellschaften, die aber wieder in der IATA zusammengeschlossen sind, auf der einen Seite mit der Eisenbahn und der Seeschiffahrt auf der anderen Seite. Die IATA als größtes weltweites Kartell setzt im Luftverkehr Preise und Konditionen fest, so daß unter den Luftverkehrsgesellschaften eine lebhaftige Konkurrenz auf dem Servisgebiet entsteht, und gleichzeitig das Bestreben wach wird, immer schnellere und technisch vervollkommnete Maschinen einzusetzen.

Die schnelle Zunahme des Wohlstandes, die in den 50er Jahren in Europa und in den USA einsetzte, schuf eine bisher noch nicht vorhanden gewesene Nachfrage im Verlauf der dritten Phase, die von den Touristen ausging, die sich mehr und mehr für ihre Erholungsreisen des Flugzeuges bedienten. Dazu kam, daß die in der IATA zusammengeschlossenen Luftverkehrsgesellschaften starke Preisdifferenzierungen schufen, in dem sie mehrere Beförderungsklassen einführten, billige Nacht- und Sondertarife anboten und dadurch der Preiselastizität der Nachfrage trugen. Alles das wirkte sich auf eine Vermehrung der Fluggäste zum Nachteil der Seeschiffahrt aus.

Die Bestimmungsgründe für die Entwicklung bis zur Gegenwart sind Technik und Verkehrspolitik. Die technische Leistungsfähigkeit der Luftfahrt mißt der Verfasser an ihrer Verkehrswertigkeit, ein Begriff, der durch Fritz Voigt in die Wissenschaft eingeführt worden ist. Die Verkehrswertigkeit ist das Ergebnis des Zusammenwirkens von Teilwertigkeiten, hier von der Massenleistungsfähigkeit, der Schnelligkeit, der Sicherheit, der Bequemlichkeit, der Netzdichte, der Berechenbarkeit und der Kosten des Luftverkehrs. Der Einfluß der einzelnen Teilwertigkeiten auf Angebot und Nachfrage im Luftverkehr werden einzeln untersucht. Dieser zweite Teil der Arbeit ist durchaus originell und führt zum dritten Teil, wo in gleicher Weise der Einfluß der technischen Entwicklung auf die Teilwertigkeiten

untersucht werden, woraus sich dann Schlußfolgerungen für die künftige Gestaltung der Marktstruktur ergeben.

Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, daß sich der zukünftige Luftverkehr voraussichtlich in einem Ausmaß entwickeln dürfte, das für unsere heutigen Begriffe geradezu unvorstellbar ist. Tatsächlich sehen wir, wie sich bereits heute neben die europäischen Länder, die USA und Australien, auch der ferne Osten, in Gestalt von Japan in den interkontinentalen Luftverkehr aktiv einzuschalten beginnen. Dazu kommen die Einflüsse, die von der EWG ausgehen werden, auf die der Verfasser leider nicht eingeht. Auch den Einfluß der Flughäfen, auf denen sich ja Angebot und Nachfrage treffen, auf die Marktstruktur wird nicht in den Kreis der Untersuchung einbezogen.

W. M. Frhr. v. Bissing-Berlin

Nöll v. d. Nahmer, Robert: Außenwirtschaft. Eine Einführung. Heidelberg 1959. Verlag von Quelle & Meyer. 195 S.

Es gibt in der Lehrbuchliteratur dieses Fachgebietes keine Schrift, die in gedrängter Übersicht die wichtigsten Probleme, d. h. Warenhandel, Dienstleistungen und Zahlungsverkehr, in so klarer Gliederung und so guter flüssiger Darstellung behandelt. Im ersten Teil des Buches werden die theoretischen Grundlagen der außenwirtschaftlichen Beziehungen erörtert. Die Theorie der komparativen Kosten und die Standorttheorie werden besonders auf ihren didaktischen und praktischen Wert hin kritisch untersucht. Nachdrücklich weist der Verfasser in diesem Zusammenhang darauf hin, daß eine Außenwirtschaftstheorie, die mit Realkosten arbeitet, nur einen beschränkten Aussagewert haben kann, da „nicht die Kosten, sondern die Preise maßgebend sind, die in der Außenwirtschaft durch die Wechselkursgestaltung beeinflußt werden“.

Im Anschluß an die Theorie der Außenwirtschaft widmet der Verfasser einen größeren Raum seiner Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Außenwirtschaft — Studierende dürften diesen historischen Überblick besonders begrüßen —, dann aber auch betriebswirtschaftlichen Problemen des Außenhandels. Hierbei stehen die Betriebsformen und die Außenhandelsfinanzierung im Vordergrund des Interesses. Es war gewiß nicht leicht, in dem knappen zur Verfügung stehenden Raum auch die Außenwirtschaftspolitik in ihren Zielen, Mitteln und Maßnahmen darzustellen. Wegen der praktischen Bedeutung gerade dieses Zweiges der Außenwirtschaftslehre hat der Verfasser fast ein Drittel seines Buches diesem Fragenkomplex gewidmet. Er hat die einschlägigen Gesetze und Verordnungen angeführt und den Leser auf die Originaltexte verwiesen. So ist alles in allem ein Lehrbuch entstanden, wie wir es im deutschen und außerdeutschen Sprachbereich noch nicht hatten. Als besonderen Vorzug dieser Außenwirtschaftslehre darf man die sorgfältige Gliederung und Untergliederung der außenwirtschaftlichen Fakten und Probleme betrachten.

Herbert Schack-Berlin

Myrdal, Gunnar: Internationale Wirtschaft, Probleme und Aussichten. Aus dem Englischen übertragen. Berlin 1958. Verlag von Duncker & Humblot. 436 S.

Wenn internationale Wirtschaft ein integriertes System universeller zwischenstaatlicher Wirtschaftsbeziehungen darstellt, dann existiert sie bis heute überhaupt nicht, sondern ist allenfalls ein Ziel, das zu erreichen für die Völkerwohlfahrt entscheidend wäre. In der Tat, der bedeutende schwedische Autor weist in diesem Buch nach, daß es weltumspannende Wirtschaftsintegration nicht gibt, ja, daß infolge des ungeheuren und noch immer zunehmenden Wohlstandsgefälles zwischen den hochentwickelten und den rückständigen Ländern eher die Tendenz besteht, vorhandene Ansätze zur Integration zu zerstören. Vor dem ersten Weltkrieg bestand sie innerhalb Europas immerhin schon in gewissem Umfang. Damals gab es eine große Mobilität von Kapital und, weniger ausgeprägt, auch der Arbeit. Zwischen den beiden Kriegen und auch nach 1945 noch ist diese Mobilität der Produktionsfaktoren durch Autarkiebestrebungen, Protektionismus, Devisenbewirtschaftung und Wanderungerschwerungen völlig unterbrochen worden. Statt dessen hat die nationale Integration der entwickelten Länder außerordentliche Fortschritte gemacht. Der streng nach außen abgeriegelte nationale Wohlfahrtsstaat wurde in unterschiedlicher Vollendung allenthalben geschaffen. Dieser Wohlfahrtsstaat ist für *Myrdal* eine unumstößliche Wertprämisse. Er sei das eigentliche wirtschaftliche Ziel, und der jeweils erreichte Grad seiner Verwirklichung werde von den Völkern unter keinen Umständen aufgegeben. Europäische oder gar weltweite Integration könne es nur geben, wenn der Wohlfahrtsstaat der national integrierten Völker dabei nicht angerührt werde. Auch derjenige, der den Wohlfahrtsstaat nicht als Ideal ansieht, wird zugeben müssen, daß *Myrdal* mindestens praktisch recht hat, denn in kaum einem Lande hat bisher eine Regierung gewagt, ihrem Volk auf Kosten wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen ernsthafte Opfer zum gemeinsamen Wohl der Welt oder auch nur zur Integration eines Teiles, nämlich Westeuropas, zuzumuten. Immerhin, was sich in Europa entwickelt, sieht der Verfasser doch wohl ein wenig zu pessimistisch. Die Wiederherstellung der Konvertierbarkeit einiger Währungen, eine gewisse vergrößerte Wanderungsbewegung der Arbeitskräfte, der Ausbau europäischer Institutionen und der Abbau von Handelschranken, die inzwischen erreicht wurden, sind positive Entwicklungen, auch wenn der Verfasser mit Recht davor warnt, Intensivierung und Liberalismus der Handelsbeziehungen mit Integration gleichzusetzen.

Pessimismus ist weit mehr gerechtfertigt, wenn man den Blick auf die nichtkommunistische Welt außerhalb Europas und Nordamerikas wendet. Die unterentwickelten Länder, sowohl ehemalige Kolonien als auch andere, haben sich niemals national integriert und spielten innerhalb der europäischen Länder allenfalls eine bescheidene komplementäre Rolle, in dem Sinne, daß die Wirtschaftszweige, die im

Rahmen der Wirtschaft des Mutterlandes wichtig waren, etwa gewisse Plantagenkulturen oder die Ausbeutung von Bodenschätzen, durch Kapitalzustrom gefördert wurden, mehr und anderes aber nicht. Seit Erlangung ihrer Unabhängigkeit sieht sich also die große Mehrheit der Völker in einem Zustand der nationalen und internationalen Desintegration, die bisher eher fortschreitet als überwunden wird.

Internationale Wirtschaft verlangt daher zunächst nationale Integration der unterentwickelten Länder, bevor an internationale Integration zu denken ist. Was auf diesem Gebiet geschehen ist und geschehen könnte, ist nach der Analyse der Situation in den ersten Kapiteln der Gegenstand ausgiebiger Untersuchungen.

Die wirtschaftlichen Möglichkeiten der armen Länder zu entwickeln, ist zunächst eine Frage des Kapitaleinsatzes, der nach Lage der Dinge, vor allem zu Beginn, in großem Umfange aus den Industrieländern erfolgen müßte. In früheren Zeiten war internationale Kapitalbewegung wesentlich die Bereitstellung privater Mittel auf dem Wege über Aktien und Anleihen. Diese Form des klassischen Kapitalmarktes existiert praktisch nur noch zwischen hochentwickelten Staaten. Inzwischen ist er durch Direktinvestitionen ersetzt worden, die sich aber weitgehend auf bestimmte Gebiete, wie Gewinnung von Bodenschätzen, beschränken, und die ihrer Natur nach für die unterentwickelten Länder vergleichsweise geringen Nutzeffekt bringen. Private Investitionen in Infrastrukturvorhaben und in der verarbeitenden Industrie haben zur Voraussetzung Vertrauen in die wirtschaftliche und politische Lage des Schuldnerlandes, an dem es völlig fehlt. Viele Länder wollen im Grunde auch gar keine privaten Beteiligungen oder Anleihen, es sei denn Lieferantenkredite, und die Schamlosigkeit, mit der man vielerorts bei geeigneter Gelegenheit Verbindlichkeiten annulliert oder Enteignungen vornimmt, trägt ganz gewiß nicht zur Förderung privater Kapitaltransaktionen bei. Daß auch bei günstigeren Bedingungen auf Seiten der Nehmerländer privater Kapitalexpert kaum noch möglich wäre, weil in den präsumtiven Geberländern, jedenfalls in Europa, privatem Kapitalexpert Schwierigkeiten gemacht würden, erscheint zu negativ gesehen. Wie dem auch sei, tatsächlich sind Kapitalbewegungen zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern außer auf den obengenannten Gebieten wesentlich eine Sache der Regierungen geworden, ein Tatbestand, den *Myrdal* mit Recht außerordentlich bedauert, weil Regierungen ihrer Natur nach nicht fähig sind, die Dinge anders als politisch zu behandeln. Dadurch werden Kapitalbewegungen der Sphäre geschäftlicher Transaktionen entzogen und zum Gegenstand der Machtpolitik gemacht. Seit die englische Ausgabe des Buches erschien, haben sich die Dinge, so will es scheinen, noch erheblich verschlechtert. Regierungskredite sind heute nicht nur in Amerika, sondern auch in Europa auf Geber- und Nehmerseite häufig Kampf- und Druckmittel um politische Positionen im Ost- und West-Konflikt geworden. Daß dabei saubere ökonomische Überlegungen über Wirtschaftlichkeit eines Projektes oder auch nur über seine relative Priorität eine entschei-

dende Rolle spielen könnten, ist kaum möglich. Es ließen sich zahllose Beispiele finden, dies zu erhärten. Die Weltbank hat bislang eine große Ausnahme gebildet. *Myrdal* schlägt deshalb vor, ihr nicht nur größere Möglichkeiten zu geben, sondern nach ihrem Vorbild nationale Institutionen, die einigermaßen unabhängig über die Vergabe von Krediten aus öffentlichen Mitteln disponieren könnten, zu schaffen. Leider kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß selbst die Weltbank steigendem politischen Druck ausgesetzt ist, und daß nationale Institute darum kämpfen müssen, nicht in Botenstellungen ihrer Regierungen degradiert zu werden. Wenn *Myrdal* schon pessimistisch ist, so muß der deutsche Leser heute die Entwicklung noch betrübter sehen, eine Entwicklung, die kostspielig ist, deren wirtschaftlicher Effekt geringer ist, als er sein könnte, und die vor allem die unterentwickelten Länder alle Maßstäbe für eigene Bedeutung und Möglichkeiten verlieren lassen muß.

Myrdal beklagt weiter, daß die Last für die Unterstützung der unterentwickelten Länder bis heute einseitig auf den USA geruht hat. In jüngster Zeit ist dies allerdings besser geworden, denn die Einsicht hat sich ausgebreitet, daß auch die westeuropäischen Länder jetzt in der Lage sind, einen angemessenen Anteil der Lasten zu tragen. In den Völkern ist diese Einsicht nicht verbreitet, ja, eher unpopulär. Es ist ein guter Vergleich festzustellen, daß sich niemand gegen einen nationalen Lastenausgleich stellt, daß aber das Verständnis für internationale Solidarität, d. h. für Eingriffe in die Einkommensverteilung auf internationaler Basis noch nahezu völlig fehlt. Man sollte, meint *Myrdal*, Entwicklungshilfe soweit wie möglich internationalisieren. Der unabhängige Beurteiler wird ihm lebhaft zustimmen, denn nur dadurch ließen sich politische Pression und Demagogie beschränken und die Hilfsmittel systematisch einsetzen. Aber welche nationale Industrie denkt bei Kapitaleinsatz ihres Landes an etwas anderes als an den eigenen Umsatz, mit anderen Worten, welche Industrie würde freiwillig zustimmen, wenn Kapital ihres Landes durch multilaterale Verwendungsmöglichkeit der ausländischen Konkurrenz zugute käme? Erfreulich, daß z. B. die deutsche Regierung heute trotz aller Widerstände die multilaterale Verwendung von Krediten zum Teil ausdrücklich vorsieht.

Eingehend setzt sich *Myrdal* mit soziologischen Problemen der Entwicklungsländer auseinander, mit Problemen, die in der Literatur nur selten und dann auch nur recht schüchtern angerührt werden. So etwa das Problem des von der Hautfarbe bestimmten Komplexes der farbigen Völker, den *Myrdal* vor allem darauf zurückführt, daß die wohlhabenden Völker der Erde im wesentlichen die weißen sind, die armen die farbigen, und daß, wo Weiße und Farbige zusammenleben, die Weißen die Oberschicht bilden, nicht die Farbigen, ja, daß selbst unter Farbigen Schattierungen der Hautfarbe eine große soziale und wirtschaftliche Bedeutung haben. Zwar wird die absurde Korrelation zwischen Hautfarbe und gesellschaftlichem Status von vielen Weißen als himmelschreiende Ungerechtigkeit angesehen, doch ändert

das nichts an der Existenz des die Energien lähmenden und fehlleitenden und das Verhältnis zwischen Weiß und Farbigen vergiftenden Komplexes, eines Komplexes, der emotional geladen dicht unter der Oberfläche bei den meisten Farbigen lebt, anscheinend um so stärker, je enger die Berührung mit den Weißen war oder ist. *Myrdal* meint, daß vor allem den Russen infolge der Struktur ihres eigenen großen Reiches seit langem jedes Rassenvorurteil fehle. Dies würde natürlich ihre Stellung gegenüber den farbigen Völkern sehr begünstigen. Das mag in der Tat bis zu einem gewissen Grade so sein, doch sprechen die Erfahrungen vieler farbiger Studenten in Rußland teilweise eine ganz andere Sprache. Rassenvorurteile sind vor allem den nordwesteuropäischen Völkern eigen, den Mittelmeervölkern sind sie im allgemeinen weitgehend fremd. Man braucht nur durch ehemalige französische Kolonien zu reisen, um dies wahrzunehmen.

Ein anderes fundamentales Problem ist die Sozialstruktur der großen Mehrheit der Entwicklungsländer. Aus der Einsicht in die sozialen Wandlungen, die im Zuge der Entwicklung der Industrieländer eingetreten sind, ergibt sich die Gewißheit, daß in den meisten Entwicklungsländern die wirtschaftliche Stagnation nicht überwunden werden kann ohne tiefgreifende soziale Veränderungen. Ohne solche Reformen wird es keine nationale Integration und deshalb auch keine wirtschaftliche Entwicklung geben. Gegen die verbreitete Auffassung, daß übereilte wirtschaftliche Neuerungen zu gefährlichen sozialen Umwälzungen führen könnten, sagt *Myrdal*, daß die wirtschaftliche Situation einfach keine Verzögerung gestattet, und daß auch tiefgreifende soziale Änderungen keine größeren Schäden verursachen könnten, wenn sie nur gut vorbereitet, umsichtig gelenkt und den Leuten erklärt würden. Auch müßte sich der Westen frei von der Vorstellung machen, daß es westliche Formen sein müßten, die anzustreben seien. Es komme darauf an, Strukturen zu finden, die den Traditionen und dem Geist der Völker angemessen seien, wobei darin gewiß auch westliche Vorstellungen aufgehen würden. Entscheidend sei, daß die für uns kaum vorstellbaren Klassenunterschiede durch geeignete Maßnahmen, wie durch Bodenreform, Überwindung des Analphabetentums usw. abgebaut würden, was sicher nicht ohne Kämpfe erreicht werden könne, aber keineswegs zu sozialem Chaos führen müsse. Theoretisch ist das sehr einleuchtend, ja zwingend. Wie es in der Wirklichkeit abläuft, welche neuen Herrschaftssysteme, welche Formen auch der Anarchie und des sozialen Chaos dabei herauskommen können, ist leider täglich zu beobachten. Andererseits scheint es wirklich nicht so zu sein, daß Auflösung alter Ordnungen nun gleich in Kommunismus münden müßte. Es gibt ohne Zweifel mächtige immanente Gegenkräfte.

Daß dem Staat bei Umbruch und Entwicklung unvergleichlich viel größere Aufgaben zufallen müßten als im Europa der frühen Industrialisierungsperiode, erscheint angesichts der Struktur der meisten unterentwickelten Länder sicher. Über Ausmaß und Form kann man freilich anderer Meinung als *Myrdal* sein.

Eingehende Erörterungen über die Probleme und Aufgaben der Handelspolitik der Entwicklungsländer, denen im Gegensatz zu den hochentwickelten Ländern protektionistische Maßnahmen in vielen Formen zugebilligt werden müßten, runden das Werk *Myrdals*, das den Rahmen einer wirtschaftspolitischen Studie sprengt und tief in Bereiche benachbarter Wissenschaften wie Politik, Geschichte, Soziologie greift. Es ist ein aufrührendes, herausforderndes, ja erregendes Buch für jeden, der begreift, daß mit der Frage nach der Zukunft der Entwicklungsländer, mit der Frage nach wirtschaftlicher Integration der Welt zugleich die Frage nach der Zukunft der Menschheit gestellt ist.

Wolfgang Jahn-Düsseldorf

Myrdal, Gunnar: Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen. Stuttgart 1959. Gustav Fischer Verlag. 162 S.

Obwohl die Vortragsreihe, die dem Buch vorausgegangen ist, schon einige Jahre zurückliegt, hat sich an den Verhältnissen in den unterentwickelten Ländern nichts Wesentliches geändert. Die Ungleichheiten in der Welt sind indessen stärker ins allgemeine Bewußtsein getreten, und die Frage, ob die wirtschaftswissenschaftliche Theorie des Westens in der Lage sei, der Wirtschaftspolitik das Instrumentarium zu ihrer Überwindung zu liefern, stellt sich schärfer denn je.

Von der Tatsache der Ungleichheit ausgehend, untersucht *Myrdal* die Gründe für ihr Entstehen und die Tendenz, sie größer werden zu lassen, statt sie zu überwinden. Er führt hierzu einen höchst fruchtbaren Eingriff in die Diskussion ein, den der zirkulären und kumulativen Verursachung. Er ist das, was populär *circulus vitiosus* genannt wird, aber präziser gefaßt, und will sagen, daß freies Kräftespiel nicht zu einem Gleichgewichtszustand führt, sondern im Gegenteil zur Vertiefung der Ungleichheiten. Eine soziale oder wirtschaftliche Veränderung ruft keine Reaktion in der Gegenrichtung hervor, sondern andere Veränderungen, die in der gleichen Richtung wirken und die Entwicklung auf dem eingeschlagenen Weg mit einer Beschleunigungs- und Verstärkungs-Tendenz weitertreiben. „Die Variablen sind in zirkulärer Verursachung so untereinander verbunden, daß eine Veränderung der einen Variablen bei anderen in der Weise sekundäre Veränderungen hervorruft, daß diese wiederum die erste Veränderung verstärken, und dieser Prozeß setzt sich in tertiären Effekten auf die zuerst bewegte Variable fort.“ An zahlreichen Beispielen verifiziert er diese These, wobei sich herausstellt, daß die Tendenzen zur Entstehung von Ungleichheiten regionaler Art in *einem* Land denen zwischen verschiedenen Ländern weitgehend analog sind. Mag der Prozeß nach oben oder unten gerichtet sein, er löst „Konter-Effekte“ und Ausbreitungseffekte aus, die je nach der in der Entwicklung liegenden Kraft verlangsamend oder neutralisierend oder aber beschleunigend wirken.

Wirtschaftspolitische Eingriffe und egalitäre Politik haben in den reichen Ländern einen Integrationsprozeß ausgelöst, dessen starke

Ausbreitungseffekte auf höheres Niveau insgesamt und Verringerung der sozialen und regionalen Ungleichheiten hinstreben. In den unterentwickelten Ländern haben der Mangel einer solchen Politik, der internationale Handel, der Kolonialismus mit seinem erzwungenen Bilateralismus eine gleiche Entwicklung verhindert und wirken eher noch immer kumulativ in der Gegenrichtung, obwohl das Zeitalter der Kolonien zu Ende geht.

Wenn diese Analyse richtig ist, dann folgt für die Politik daraus zwingend, daß es auf die Umkehrung des negativen zirkulär-kumulativen Prozesses in einen aufwärts gerichteten ankommt. Mangels einer Weltregierung, die die nationale Politik der entwickelten Länder auf die Menschheit übertragen könnte, müssen die unterentwickelten Länder eine nationalistische Politik der Strukturänderung, der Sozialreform, der Wirtschaftsintegration nach einem umfassenden Plan führen. Da die meisten Autoren übereinzustimmen scheinen, daß dies so sein müsse, so möchte man fragen, was denn unter Plan zu verstehen sei. Wenn das Fehlen eines Planes *Laissez-faire* hieße, so wäre dem nicht zu widersprechen. Es würde dann genügen, schlicht den soliden Terminus Wirtschaftspolitik anzuwenden. Was ist diese und was ist Handelspolitik, Gewerbepolitik, Industriepolitik und schließlich auch Finanzpolitik anderes als planvolles Schaffen und ständiges Korrigieren der Bedingungen, des Rahmens, in dem Marktkräfte, Preissystem, Wettbewerb wirken, um den einmal begonnenen zirkulär-kumulativen Prozeß zum Wohle aller voranzutreiben? Dies schließt eine starke direkte Wirtschaftstätigkeit des Staates nicht aus, wenn sie notwendig ist, d. h., wo durch sie bestimmte wirtschaftliche Grundbedingungen erst geschaffen werden müssen.

Myrdals Planbegriff geht weiter, ist weitgehend zentralverwaltungs-wirtschaftlich, trotz der These, daß in der zentralgeplanten Wirtschaft Raum genug für private Initiative sein würde. Ohne in eine Diskussion über freie oder sozialistische Wirtschaftsordnung eintreten zu wollen, wäre doch zu fragen, wie das in unterentwickelten Ländern geschehen soll, wo doch noch zu beweisen wäre, daß Planwirtschaft in den entwickelten Ländern wirklich möglich ist. Welche Aufgaben will *Myrdal* der dünnen Schicht der qualifizierten Administratoren in den Entwicklungsländern zumuten? Nach der Begegnung mit einer langen Reihe von unterentwickelten Ländern in Afrika und Südamerika erscheint mir der Gedanke ganz unrealistisch. Wenn es diesen Staaten gelänge, wirkliche Reformen ihres Sozialwesens durchzuführen und eine rationale freiheitliche Wirtschaftspolitik einzuleiten, die dem Staat ihm wesensgemäße Aufgaben zuweist — und deren wird es übergenug geben — und Bedingungen schafft, die die Lethargie überwinden, den Analphabetismus beseitigen, der Initiative Raum geben und Vertrauen begründen, wären die Ausgangspositionen geschaffen. Es bedürfte dann keines Planbüros, von dem man verlangt, daß es durch „rationale Analyse im voraus feststellt, wo möglicherweise Engpässe auftreten werden“. Es ist zu bedauern, daß der Autor hier seine früher vorgetragenen maßvollen Positionen so überspitzt.

Wie ein roter Faden durchzieht diese, von der Planungsfrage abgesehen, vorzügliche und in vielen Fragen überzeugende Untersuchung des Problems eine Kritik an der Wirtschaftstheorie, die *Myrdal* in wesentlichen Teilen für inadäquat erklärt. Und das offenbar deshalb, weil er anscheinend alle liberale oder besser nicht-sozialistische Theorie für Laissez-faire-Theorie hält. Wenn dem so wäre, so hätte er Recht. Es wäre z. B. in der Tat absurd, die Forderung nach Abbau von Handelsschranken nicht nur für die Industrieländer, sondern auch für die Entwicklungsländer, selbst im frühen Stadium der Entwicklung, zu erheben. Aber wer tut das, außer einigen Ultra-liberalen?

Das zweite Kapitel des Buches widmet sich dieser Kritik der Theorie systematisch. Auch der kritische Leser wird nicht leugnen, daß die geistesgeschichtliche Skizze der ökonomischen Theorie, ihrer Stärke und Vorurteile, großartig ist. Und doch, stets scheint die Theorie über Gleichgewichtsdoktrinen, Harmonie der Interessen und allgemeines Laissez-faire nicht hinausgekommen zu sein. Wäre dem so, dann wäre die Theorie unbrauchbar oder inadäquat und bedürfte, wie selbstverständlich, nicht neuer Ideen, sondern einer Neufundierung. Doch dem ist nicht so. Es ist nicht zu leugnen, daß es genug an reaktionärer, skurriler und weltfremder Theorie gibt. Doch das ist nicht das ganze Bild. Es will mir scheinen, daß von „Vorlieben“, die er dem traditionellen und vor allem konservativen Denken vorwirft, er selbst nicht frei ist, was nichts daran ändert, daß dieses Buch den Leser und die Wissenschaft bereichert. *Wolfgang Jahn-Düsseldorf*

Probleme des Zahlungsbilanz-Ausgleichs. Bericht über den wissenschaftlichen Teil der 21. Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. am 16. Mai 1958 in Bonn. (Beihefte der Konjunkturpolitik, Zeitschrift für angewandte Konjunkturforschung, Heft 5.) Berlin 1959. Verlag von Duncker & Humblot.

Die Schrift enthält die auf der Mitgliederversammlung gehaltenen Referate. Nach einem einleitenden Referat von Fritz *Baade*, Kiel, referierte H. J. *Rüstow* über die Problematik stabiler Wechselkurse, ein Thema, das in der seither vergangenen Zeit nichts von seiner Aktualität verloren hat; es stand denn auch im Mittelpunkt der Diskussion. Selbst wenn man *Rüstows* Folgerungen im Sinne flexibler Wechselkurse nicht oder nicht in vollem Umfange akzeptiert, so ist bis heute trotz der in der Diskussion vorgetragenen gewichtigen Argumente für stabile Wechselkurse eine gültige Antwort wohl doch noch nicht gefunden worden.

Das Referat von Werner *Gatz*, Kiel, befaßte sich mit der Frage der westdeutschen Einfuhrelastizitäten und suchte insbesondere die funktionalen Zusammenhänge zwischen Entwicklung des Sozialproduktes und der Einfuhr zu erhellen.

Im letzten Referat sprach Ingeborg *Köhler-Rieckenberg* über Zahlungsbilanzprobleme der Entwicklungsländer, ein Thema, für das dieses Referat doch wohl nur eine Einführung bot, und das obendrein in der Diskussion unter Hinweis auf eine spätere, ganz den Entwicklungsländern zu widmende Tagung nur wenig weiter vertieft wurde.

Wolfgang Jahn-Düsseldorf

Hesberg, Walter: Die Freihandelszone als Mittel der Integrationspolitik. (Schriften zur Wirtschaftspolitik, veröffentlicht vom Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln und herausgegeben von Alfred Müller-Armack und Fritz W. Meyer, Band 3.) Frankfurt am Main 1960. Fritz Knapp Verlag. 190 S.

Unter den vielen literarischen Neuerscheinungen zum Thema „Wirtschaftsintegration“ kommt dieser Monographie — der Buchausgabe einer von Alfred *Müller-Armack* angeregten Kölner Dissertation — besondere Bedeutung zu: Sie stellt nicht nur die erste systematische Studie der Freihandelszone als Integrationsform dar und schließt so eine empfindliche Lücke im Schrifttum über internationale Marktgemeinschaften, das bislang fast ausschließlich den Zollunionen gewidmet war, sondern führt zugleich den handelsgeschichtlichen Nachweis, daß der Typus der Freihandelszone begrifflich zwar erst 1948 im GATT präzisiert wurde, der Sache nach aber schon vor rund 150 Jahren als Projekt oder Faktum geläufig war. Insofern ist die im I. und II. Kapitel unternommene Ausforschung des großenteils kaum bekannten Materials über Freihandelszonenansätze aus der Vorzeit des Deutschen Zollvereins, die schwedisch-norwegische Freihandelszone (1874—1897), das gescheiterte Vorhaben einer serbisch-bulgarischen Freihandelszone (ums Jahr 1905) und über Schaffung und Erweiterung einer iberamerikanischen Freihandelsassoziation (wobei dem Verfasser das aufschlußreiche Werk von Sidney S. *Dell*, „Problemas de un Mercado Común en América Latina“, México 1959, offenbar noch nicht zur Hand war) höchst verdienstvoll. Während das III. Kapitel nach einer Skizze der Handelspolitik in der Montanunion von der Entstehung und Problematik der EFTA berichtet, wird im IV. das Ergebnis der historischen Untersuchungen zu einem Gesamtbild der allgemeinen Elemente einer Freihandelszone und ihrer mannigfachen Kombinationsmöglichkeiten gefügt. Wohl lassen sich für alle Freihandelszonen jeder strukturellen Spielart gemeinsame Merkmale finden, die handelspolitisch Licht und Schatten zeigen, doch kann eine Freihandelszone heute bei der ihr eigentümlichen Dynamik und Ambivalenz den Integrationsprozeß höchstens fördern, aber nicht selbständig zu Ende führen. Ob sich speziell die EFTA als „stabiles Integrationszentrum“ erweist, wird „nicht zuletzt davon abhängen, ob es gelingen wird, auf dem Gebiet der Harmonisierung der Außenzölle Fortschritte zu machen und damit die Einheit dieses Gebildes auch nach außen zu festigen“ (S. 175).

Antonio Montaner-Mainz

Der westdeutsche Konsumgüterexport nach dem zweiten Weltkrieg.

Berichte des Instituts für Exportforschung der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Nürnberg, herausgegeben von Erich Schäfer. Bearbeiter: Eugen Leitherer. Köln und Opladen 1958. Westdeutscher Verlag. 79 S.

Man hört oft sagen, daß der Export von Konsumgütern gegenüber demjenigen von Produktivgütern in dem letzten Jahrzehnt zurückgegangen sei. Die vorliegende Schrift untersucht den Sachverhalt an Hand statistischen Materials und zieht auch einen Vergleich der Konsumgüterausfuhr Deutschlands zwischen zurückliegenden Epochen. Der Verfasser kommt im Hinblick auf das letzte Jahrzehnt zu dem Schluß, daß der Export der Konsumgüterindustrien sich gegenüber der Ausfuhr anderer Fertigwaren-Industriezweige bedeutend stärker gestiegen ist. Günstig hat sich vor allem die Ausfuhr hochwertiger und origineller Konsumwaren entwickelt. Angesichts der Industriezweige mit geringer Exportentwicklung und niedriger Exportquote fragt der Verfasser mit Recht, ob es nicht zweckmäßiger sei, sich auf eine Umstellung vorzubereiten. Mit der zunehmenden Erschließung der Entwicklungsländer müssen die alten Industrie-Exportländer mit einer wachsenden Einfuhr einfacher Konsumgüter von dorthier rechnen. Zwangsläufig muß das Interesse der Entwicklungsländer an dem Import hochwertiger Konsumgüter steigen. Stellen sich die alten Industrieländer hierauf ein, so würde ein neues Gleichgewicht der internationalen Arbeitsteilung zustande kommen.

Umfangreiche Tabellen, die die Konsumgüterausfuhr Deutschlands vor dem ersten und zweiten Weltkrieg sowie der Bundesrepublik im Jahre 1955 zahlenmäßig darstellen, sind dem Text beigelegt. Theoretische Untersuchungen haben nicht in der Absicht des Verfassers gelegen. Der sach- und fachkundige Leser weiß jedoch, daß sie vorangegangen sein müssen, schon wegen der notwendigen Unterscheidung von Konsumgütern und Produktivgütern, der Herausstellung des Liberalisierungseffektes und der Beachtung der Investitionsentwicklung. Im übrigen hat die Schrift, wie es ja auch beabsichtigt gewesen ist, einen durchaus empirischen Charakter. Sie zeigt, welche Bedeutung empirisch-statistische Untersuchungen, auch ganz schlichter Art, für die Wirtschaftspolitik und die Wirtschaftspraxis haben können.

Herbert Schack-Berlin